

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Herausgeber und Verleger: Die Neue Welt, Paul Bauer, Magdeburg. Verantwortlich für Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Barthäum, Magdeburg. Druck von Franz Bechge, Magdeburg. Geschäftsstelle, Poststraße 48, Fernsprecher 1587. Redaktion: St. Münzstraße 8, Fernsprecher 981.

Vierteljahr (4ff. Bringerohm) 2 Mit. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreisband in Deutschland monatl. 1 Crem. 1,70 Pf., 2 Crem. 2,00 Pf. An der Expedition und den Buchhändlern überall erhältlich. 3 Mit. monatlich 70 Pf. Teil des Volksblattes 2,25 pf. Beigabe. Einzelne Nummern 8 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Unterdruckseblatt: die leidige politische Zeitung 10 Pf. Volks-Schulzeitung 5 Pf. Seite 378.

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend den 21. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Kartätschen-Attentat auf den Zaren.

Am Donnerstag, dem russischen Dreikönigstag, feierte das orthodoxe Russland das Fest der Wasserkreiehe. Die religiösen Ceremonien dieses Festes, das in der griechisch-katholischen Kirche eines der hervorragendsten ist, pflegen sich im Freien an einem Wasserlauf oder, wenn nicht anders, an einem Brunnen abzuspielen, und wie in Petersburg der Kaiser und die Kaiserin, so sind überall im Reich bis zu den kleinsten Gemeinden hinab die Spießen der Behörden gehalten, der mit großem kirchlichen Pomp und unter starkem Jubel der Bevölkerung stattfindenden Feierlichkeit beizuwöhnen. Es ist ein furchtloses Freudenfest, das dort, wo Militär vorhanden ist, mit Salutschüssen begleitet wird.

In Petersburg spielt sich die Wasserkreiehe am Ufer des großen Neva-Flusses unmittelbar vor dem Winterpalais ab. Dies deshalb, weil auf diese Weise das Kaiserpaar nur wenige Schritte zum Schauspiel der Ceremonie zurückzulegen braucht. Um jenseitigen Ufer des großen Neva-Flusses stellt man auf dem Börsenplatz die Kanonen für das Salutschießen auf. Die Entfernung zwischen dem Winterpalais und der Börse in Petersburg beträgt ungefähr 400 Meter, eine Distanz, in der Kartätschenschüsse auf lebende wie auf tote Zielle vollste Wirkung ausüben.

Was nun eigentlich in Petersburg vor sich gegangen ist, kann man aus den bisher vorliegenden knappen Drähten nicht genau erkennen, so viel steht jedoch schon jetzt fest, daß das Winterpalais während des Salutschießens von Kartätschenkugeln getroffen wurde, und da diese doch nicht anders als aus Kanonen geschossen sein konnten, so folgt zwingend, daß man die oder einige der zum Salut bestimmten Kanonen nicht mit Salutkartschen, sondern scharf geladen hatte.

Es liegen über den Vorfall zwei amtliche russische Telegramme vor. Wenn das amtliche Russland in die Offenlichkeit treten muß, liegt es. Das ist eine alte Erfahrung, die aus Unzufriedenheit des neusten Borkommissars wieder bestätigt wird. Der Versicherung, daß nur einige Fenster des Schlosses getroffen und daß niemand verwundet oder getötet sei, hat man daher nicht den geringsten Glauben beizumessen. Das um so weniger, als die amtlichen Meldungen sich sogar widersprechen.

Größeren Wert wird man daher den Telegrammen beizulegen haben, die der Scherlpresse zugegangen sind. Es heißt in diesen:

In dem besonders für diese Feier errichteten Zelt hatte die Geistlichkeit gerade die Ceremonie beendet, der die hohen Herrschaften zum Teil unmittelbar am Zelt bewohnten, während ein anderer Teil aus den Fenstern des Winterpalais zuschaute, als die jenseits der Neva postierten drei Batterien unter dem Kommando des Herzogs Axel von Mecklenburg-Strelitz den üblichen Salut abgaben. Sämtliche Fenster des Winterpalais waren aber plötzlich Kugeln die Lust. Eine von ihnen verunstete lebensgefährlich einen der vor dem Palais postierten zahlreichen Schuhleute, eine andre Kugel durchschlug ein Fenster des Winterpalais und drang in den Nikolai-Saal ein, wo sie gegen die Decke anschlug, ohne jemand zu treffen. In diesem Saale befanden sich viele Generäle sowie das diplomatische Corps. Man kann sich leicht das Bild der Verwirrung ausmalen, das dieses Ereignis zur unmittelbaren Folge hatte. Die im Nikolai-Saal aufgefundenen Kugeln hat ein ziemlich großes Kaliber. In der Stadt schwirren die wildesten Gerüchte.

Der Zar wurde durch das Attentat — denn das ist es zweifellos — während der Wasserkreiehe nur wie durch ein Wunder gerettet, da er in dem Zelt nur ungefähr 15 Schritte von dem Orte entfernt stand, wo eine Kugel direkt durch die Fähne des See-Korps hindurch einschlug. Am heutigen Tage war auch die Ceremonie der Fahnenkreiehe, zu der die Fahnen sämtlicher in Petersburg stationierten Regimenter herein gebracht waren. Eine andre Kugel schlug in die Stufen ein, die zu dem Zelt führten. General Gritsov leitete sofort die Untersuchung ein. Die Batterien, die heute den Salut abgaben, gehören der reitenden Artillerie an. Die Mannschaften wurden sofort in strengsten Arrest genommen. In der Stadt herrscht große Aufregung über den Vorfall.

Von einem „Unfall“, von einem „Versehen“ kann nach diesen Nachrichten keine Rede mehr sein. Es darf als feststehend gelten, daß aus den Reihen der Armee heraus in einem Augenblick, der sich so günstig im ganzen Jahre nur einmal bietet, der Versuch gemacht worden ist, unter den Machthabern des zaristischen Russland einen Blutbad anzurichten. Die Absicht derer, die Pulverladungen mit Kartätschenladungen „vertechselt“ haben, ist nicht erreicht worden; der Zar ist „wie durch ein Wunder“ gerettet worden; nur ein unschuldiger Polizist hat daran glauben müssen. Die Tatsache des Versuchs ist aber nicht zu leugnen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands, die mit org-

wenigen Ausnahmen um den Zarismus wie um ihren eignen Bestand zittert, wird aufschreien bei dem Gedanken, daß nicht einmal die russische Armee mehr sicher ist, daß sogar in ihren Reihen sich „Mörderbuben“ finden. Tatsächlich hat die Erscheinung wenig Aufstellendes. Die aktiven Soldaten haben in jedem Augenblick zu fürchten, daß sie nach Ostosien verladen werden, in einen Krieg geschickt werden, der jedem von ihnen wenn nicht verhaft, so zum mindesten gleichgültig ist. In den Reihen der Offiziere stirbt seit vielen Jahren die Unzufriedenheit nicht aus; aus ihnen sind im Laufe der Zeit nicht wenige offen oder geheim ins revolutionäre Lager übergetreten, in jenes Lager, in dem zu gegebener Stunde das Letzte aufgeboten wird, was der Mensch besitzt: das Leben. Gelegentlich der Wasserkreiehe vor dem Winterpalais in Petersburg hat am russischen Dreikönigstage des Jahres 1905 eine solche Stunde geschlagen. Da aber der beabsichtigte Erfolg ausgeblieben, wird das Leben der Schuldigen trotz des „strengen Arrestes“ nicht bedroht sein. Wohl aber werden, um der Offenlichkeit eine Genugtuung und Sühne zu bieten, eine Anzahl wahrscheinlich ganz Unschuldige über den Neva-Fluss hinweg in die Peter-Paul-Festung geschleift werden, in dieses furchtbare Verlies des Zarismus, das seit langen, langen Jahren von den Flüchen, dem Stöhnen und dem Röcheln seiner Opfer widerhallt.

Der Zar ist zitternd in sein freiwillig-unfreiwilliges Gefängnis zurückgefahren, in den Sommerpalast Borskoje Selo, der in einer Stunde Bahnfahrt von Petersburg aus zu erreichen ist. Nach Borskoje Selo wollte der Blutmensch Plehwe, als vor dem Bahnhof ihn die Bombe in Stunde riss. Der Zar hat nichts aus dem Vorfall gelernt. Gestern erst stellte der offizielle russische Druck triumphierend richtig, daß die letzten Erziehungsmaßnahmen nicht ernst gemeint gewesen seien, daß alles beim alten bleiben soll: die Willkür, die Rechtslosigkeit, die Korruption, die Bestechlichkeit, das Selbstherrschaft und die unumschränkte Gewalt der feinen Zarenherren.

Vierundzwanzig Stunden später pfiffen dem ohnmächtigen Gebieter über soviel Elend und Not, Hilflosigkeit und Jammer die Kartätschen um die Ohren, erbebten seine Berater unter dem Aufschlagen der Kugeln, unter dem Klirren der zertrümmerten Fenster, unter dem Aufschrei des getroffenen Beschützers.

Aber weder die Bombe, die den Tiger Plehwe zerstürzte, noch die Kugeln, die aus den Kanonenlünden herüberflogen, werden den Zaren und seine Hofgesellschaft zur Befinnung bringen. Der Absolutismus hat niemals etwas gelernt. Das liegt in seiner Natur. Er kann auch nicht nachgeben; er müßte sich denn zuvor selbst aufgeben.

Daran denkt die Umgebung des Zaren nicht. Und aus diesem Grunde haben auch die Kartätschen des 19. Januar 1905 tauben Ohren gepfiffen. Wenigstens soweit die Ohren bei den Machthabern zu suchen sind. —

Politische Übersicht.

Magdeburg, 20. Januar 1905.

Die Vermittlung der Ohnmacht.

Die preußische Regierung will vermitteln in dem gewaltigsten Ringen zwischen Kapital und Arbeit, das die deutsche Geschichte bisher zu verzeichnen hatte. Sie hat Kommissare nach dem Ruhrgebiet abgeordnet, die den Auftrag haben, mit beiden Parteien zu verhandeln. Die Arbeiter kommen, die Grubeneigentümer bleiben aus. Die Arbeiter begründen mündlich und schriftlich ihre Wünsche und Forderungen; die Geheimräte versprechen, das Material den Herren der Betriebe vorzulegen. Werden sie aber auch vorgelassen werden? Höchstlich lassen die Grubeneigentümer heute den lästigen Vermittlern folgende Notiz durch die Presse zugehen:

Nach den neusten Beschlüssen des Bergbauvereins sind die Regierungsbefreiter verständigt worden, daß die Betriebsbesitzer in corporo (als Organisation) unter keinen Umständen auf die Hauptförderungen der Arbeiter eingehen. Den einzelnen Betrieben bleibt es überlassen, die kleinen Wünsche, falls solche vorhanden sind, nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Das Material, das die Ortsregierungskommission der Regierung vorlegt, wird einer besonderen Regierungskommission zur Bearbeitung vorgelegt werden. Oberbergbaupräsident von Belsen nimmt alles Material mit nach Berlin, wo die Prüfung erfolgt. Der Bergbauverein steht allen Vermittlungen fern, so daß der Eingangsversuch der Regierung als völlig gescheitert zu betrachten ist. Mit der Prüfung können Kosten verrechnen, ehe eine positive Entscheidung erfolgt, so daß es nunmehr zur Kraftprobe zwischen Arbeitern und Betriebsbesitzern kommt. In bergbaulichen Kreisen glaubt man, daß die Arbeiter nach zwei bis drei Wochen ihre Niederlage einzusehen, und um Wiederaufnahme der Arbeit bitten werden. Eine andere Lösung sei ausgeschlossen.

Nun, da hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse denn doch auch noch ein Wörtchen mitzureden, und zwar ein sehr gewichtiges.

Was aber die preußische Regierung betrifft, die wie alle Regierungen aller Klassistaaten „über den Parteien“ zu thronen vorgibt, so wird ihr von den Kohlemillionären mit dünnen Worten beschwirt, daß sie vor ihren Konkurrenten Faß zu machen habe. Und biege macht und kraftvoll Regierung gehorcht. Sie gehorcht aufs Wort.

Zitternd und zagend lehnen nach einigen Tagen die Geheimräte aus Dortmund nach Berlin zurück; zitternd und zagend denken sie mit den Ministern an den bösen Tag, an dem sie doch einmal im Reichstag rede und Antwort stehen müssen.

Und was werden sie dann zu sagen wagen? Sie werden Tränen vergießen über die Unmoralen und Ungeschickheiten der Arbeiter und sie werden kein verurteilendes Wort finden über die kapitalistische Ränke der Grubenbesitzer. Wie in diesen Tagen in Dortmund, so wird dann in Berlin die Seidenblase der Unparteilichkeit, der Vermittelungsmöglichkeit platzen. Und wie in Dortmund, so wird die unter dem Zoch des Kapitalismus stehende preußische Regierung tausendmal über die größte sozialpolitische Blamage und unauslöschlichen vermehrten Zorn des preisgegebenen Proletariats auf sich nehmen, als daß sie eingetand hat noch eingestehen wird, daß die privatkapitalistische Eigentumsordnung in ihrer Entwicklung unhemmbar zum blutsaugerischen Monopol der Kapitalfürsten führt und den Staat selbst zum willenlosen Lehnensträger dieser neuen Herren macht.

Dies ist der Grund, weshalb die Geheimräte wie die Minister an dem Raubzug des Kohlentrucks ängstlich vorbereiten. Außerstaude, selbst wenn sie wollten, dem kapitalistischen Raubgesindel die Stirn zu bieten, zu beschraubt, um die Nonnenigkeiten der Geschichte zu erkennen und dem eiposseigenden Proletariat die Bahn freizumachen, stehet sie in jämmerlicher Ohnmacht da, den Kapitalisten zum Geipot, dem klassenbewußten Volk ein Gegenstand des Zornes und der Empörung. —

Kreuz und Knute.

Das leitende Organ des Zentrums, die „Germania“, die die jetzt in ihrem Hauptblatt geheuchelte Freundschaft für die streikenden Kohlengräber bis hart an die Grenze unzulässiger Provokation treibt, enthüllt in der Beilage ihre wahre Gesinnung. Sie ergeht sich in den wüstesten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und beschönigt ihre „Führer“, weil diese — wie die „Germania“ meint — aus Mangel an persönlichen Mut die Inizierung eines bewaffneten Aufstands unterliegen. Die deutsche Sozialdemokratie sei

... organisiert und dressiert auf die Unterhaltung einer Armee von Faulenzern, Manhelden und verkrachten Egisten aller Art, welche leben wollen von der Nation, aber nicht daran denken, das eigne Fell zu Markt zu tragen für die Revolution.

Bis heute habe sich auch

... kein „Führer“ der kommenden Revolution zu höherem Tun entschlossen, als für die „Freiheit der Arbeit“ irgendwo ins Gefängnis zu gehen, was zugetan ... gar nicht soviel Unkopierung erfordert.

So die „Germania“, die über die Einführung der katholischen Kirche freijädt, wenn ihr ... vom Fleischelüsterigen „Faulenzer“ in der Soutare ... Bindenregister vorgehalten wird!

Aber das ist nur die Übung! Das publizistische Sprachrohr der regierenden Kaste kommt sodann auf revolutionäre Bewegung in Russland zu sprechen und auf der Welt, den die deutsche Sozialdemokratie an ihr nimmt. Von den russischen Arbeitern erzählt sie:

... daß die russischen Revolutionäre mit gewaltsamen Mitteln vorgehen. Demonstrationen, wie sie der „zähnelose“ Bernstein auf dem Kreisfestival vorschlägt, mit roten Fahnen, Revolvern, Knüppeln und Dynamit ... die Straßen durchziehen, Fenster und Brücken demolieren, Fenster einschlägen und teilweise ihren friedlichen Geschäftsleute plündern ...

Und dabei entrüstet sich noch die ganze sozialdemokratische Presse über die brutale Thronrei und Bardare, mit welcher durch Polizei und Soldaten die Aufrührer zu Paaren gezwungen werden. Das ist doch tödlich! Da nach der sozialdemokratischen Freiheit auch in Deutschland dieselben barbarischen Beziehungen bestehen, warum bewaffnen sich denn ihre Massen nicht und ziehen unter dem Schlag der roten Faust wieder und wieder einher mit den Massen: Nieder mit dem Kaiserreich! Nieder mit der Armee! ja warum denn nicht?

Wenn die "Germania" durchaus die Antwort haben will,
hier ist sie: Die Waffen lieben deshalb nicht unter dem
Schutz der roten Fahne plündernd und mordend einher,
weil es tausendjährige Gewohnheit ist — von den gotte-
wollten Kreuzzügen her bis zum Chinakrieg und den Helden-
taten von Nitschinen —, Massenmorde und Massenplünderun-
gen unter dem Schutz des Kreuzes zu begehen. Die
rote Fahne hat gewiß schon manchen schlammigen Gesellen
unter ihrem Gewölfe gesessen, aber vor dem ruchlosen Ge-
sindel der Lockspieß, Sklavenknechte und Mordanbeter, das
sich schamhaftig unter den Schutz des Kreuzes drängt,
wird sie ein günstiges Schielholz bewahren! —

Liebesgaben für die Agrarier.

Im Abgeordnetenhaus kommt am Sonnabend die "Ibernia"-Vorlage zur zweiten Beratung. Die nächste Woche soll der zweite Entwurf des Staats gewidmet sein, und am Montag oder Dienstag der übernächste Woche soll die zweite Entwurf der Kanzler vorlage beginnen. Am Donnerstag wurde das Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz in zweiter Lesung angenommen. An den Beschlüssen der Kommission, die freilich schon gegenüber der Regierungsvorlage eine stärkere Entlastung der Gemeinden in bezug auf die Aufbringung der Kosten bedurften, wurde nicht viel geändert. Aber entschieden ist das Schicksal der Vorlage auch nach der zweiten Lesung nicht. Die konservativen erklärten nämlich, daß sie ihre endgültige Zustimmung zu der Vorlage davon abhängig machen, daß die Regierung bis zur dritten Lesung völlige Klarheit über die finanziellen Wirkungen des Gesetzes auf die kleinen Gemeinden, namentlich die ländlichen, bestätigt. Erfreut wird das Zustandekommen auch durch einen von der Regierung als unannehmbar bezeichneten konserватiven Antrag b. Hembbrandt, der eine Bevorzugung der Gutsbezirke bei der Aufbringung der Kosten beabsichtigt. Angenommen wurde eine Resolution, die von der Regierung 500 000 Mark für die Entlastung leistungsfähiger Gemeinden verlangt. —

Deutschland.

* Berlin, 20. Januar. Aus Südwestafrika kommt die Meldung, daß sich einige Hereroführer völlig erschöpft ergeben haben. Daneben läuft die übliche Verlustliste:

Im Gefecht bei Gotha am 5. Januar ist gefallen: Gefreiter Gustav Grossow. In den Gefechten bei Groß-Nabas vom 2. bis 4. Januar wurden leicht verwundet: Sanitäts-Gefreiter Richard Möbius, Reiter Robert Berger. Im Gefecht bei Hornbach am 3. Januar wurde leicht verwundet: Gefreiter Wilhelm Büchold, Fleischhauer in den Oberhöfen. An Typus gestorben ist der Reiter Franz Thiemke, geb. am 17. November 1882 zu Göttchen, früher im Inf.-Rgt. Nr. 27, am 16. Januar im Lazarett Windhuk.

Die 200 000 Mark zum Bau einer Bahn von Windhuk nach Nehoboth, über die die Kolonialabteilung schon gültige Verträge abgeschlossen, hat die Budgetkommission abgelehnt.

— Aus Belgien kommen genauere Nachrichten, wonach die dortigen Bergarbeiter den Grubenarbeiterstreik im Ruhrrevier ihrerseits zu einem Vorgehen bewegen wollen, sowie erst die belgischen Kohlevorräte erschöpft sind. In acht Tagen wird das der Fall sein. —

* München, 18. Januar. Das vom Magistrat ins Leben gerufene Komitee zur Unterstützung der Arbeitslosen, an dem ein Sohne der erste Bürgermeister und der erste Vorsitzende des Gemeindekollegiums stehen, erlässt einen Aufruf zu Geldsammlungen. Die Unterstützungen werden am Freitag zum ersten Male getroffen, und zwar für Beihilfetaten in Geldspenden, für Bedrige durch Anweisungen auf Speisen. Es geschieht das im Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Außer den vom Magistrat zur sofortigen Hilfe bewilligten 20 000 Mark werden auch noch 20 000 Mark aus dem Münchner Hilfsfonds entnommen.

* Stuttgart, 18. Januar. Gegen den Landtag abgeordneten Genossen Seil, den verantwortlichen Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht", ist beim Landtag die Genehmigung zur Strafverfolgung nachgebracht worden wegen Bekleidung des Königs von Sachsen durch einen Artikel über die Gräfin Montigny, die ehemalige Frau des Königs. —

Rußland.

Die ausständigen Arbeiter — man gibt die Zahl von 80 000 an — bereiten eine Revolution vor, in welcher sie Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Armut der Bevölkerung des Reiches und der Befreiung der Arbeit durch das Kapital fordern. Aus diesen Forderungen leitet die Partei im einzelnen folgende Forderungen ab: Garantien der persönlichen Sicherheit, Rechte des sozialen Fortschritts, Gewerkschaftsrecht, sozialstaatliche Versicherung, Volksbildung. Gründer oder der Geschäftsbuchhaltung der Städte, Befreiung der Arbeiterschulden der Bauern, Verbilligung des Kreises, allgemeine Versetzung der Staatsdomänen unter das Volk und Einführung einer Einheitsmonetärer Zinsbesteuerung wird verlangt, gezeichnet als Durchsetzung der Arbeit, Freiheit der Konsumvereine und andere Vereine der Arbeit und des Lohnes, Befreiung des Staates der Arbeit gegen das Kapital und soziale Erneuerung. —

Gewerkschaftsbewegung.

An die deutschen Metallarbeiter!

Kollegen! Wie ihr aus der Tagespresse wißt, befinden wir im Ruhrgebiet nahezu 250 000 Bergarbeiter im Ausstand, und es ist nicht abzusehen, welche Kreise diese Bewegung nachziehen wird, und zwar nicht nur unter den Bergarbeitern selbst, sondern auch durch Übergreifen auf die mit dem Bergbau verbundenen oder die von ihm abhängigen Industrien. Zu den in nächster Verbindung mit dem Bergbau stehenden Industrien gehört die Metall- und Industrie und besonders die Eisen-, Stahl- und Metall-Produktion! Diese ist genau wie der Bergbau ein Teil der Montanindustrie. Besitzer und Hüttentreute reichen sich die Hand zum Faust gegen die Arbeit. Umstellt den billigen Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, verweigern die Betriebsverwaltungen kategorisch jede Verhandlung; die Hüttentreute kränken ihre Betriebe ein und legen dadurch Tausende von Arbeitern aufs Pflaster. Man hofft die Dienstbarkeiten der Bergleute zu brechen, indem man sie

Bergarbeiter zu Hinterwerke gegen sie ausspielt und diese abwenden will, einen nachteiligen Einfluß auf die Bergleute ausüben. Eine ganze Anzahl Betriebe der Metallindustrie mit Tausenden von Arbeitern ist heute schon geschlossen.

Kollegen! Söhnen wir ruhig zu ziehen, wie man unsre eigenen Berufsgenossen gegen eine uns nahe verwandte Arbeiterkategorie ausspielen will?

Nein! Und abermals: Nein!

Wir dürfen, wir wollen nicht ruhig zuschauen, wie wollen eins sein mit den kämpfenden Bergleuten, wir wollen sie in ihrem Ringen unterstützen!

Darum auf, Kollegen! Gebe ein jeder sein Scherlein, trage ein jeder dazu bei, daß unsren Arbeitsbrüdern im Bergbau der Kampf erleichtert wird. An unsre Mitglieder besonders appellieren wir. Sie sollen in diesem Vorstreben mit gutem Beispiel vorangehen. Allenthalben, wo sich Verwaltungsstellen und Mitgliedschaften unsres Verbandes befinden, müssen sofort

außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden mit der Tagesordnung:

Die Bedeutung des Kampfes der Bergarbeiter und

Erhebung eines obligatorischen Extrabeltrags zu gunsten derselben.

Allsen Beschlüssen auf Erhebung von Extrabeltrags zu diesem Zweck erteilt der Vorstand von vorneherein die statutarische Zustimmung.

Kollegen! Noch nie habt ihr gefehlt, wenn es galt, für die allgemeine Arbeitersache Opfer zu bringen. Auch diesmal rechnen wir auf eure Solidarität, auch diesmal zählen wir um so mehr auf eure Opferfreudigkeit, weil wir hier mit den Bergarbeitern gegen einen gemeinsamen Gegner kämpfen.

Kollegen! Ernst ist die Situation! Was heute den Bergarbeitern zustoßt, kann morgen über uns kommen, darum auf und stellt euch in den Dienst der allgemeinen Sache! Nicht nur aber bechränkt euch auf diese Solidaritätsbezeugung, sondern benutzt auch die Gelegenheit zur Aufklärung; werbt allenthalben neue Kämpfer für den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Stuttgart, den 14. Januar 1905.

Eh. kollegalem Gruß

Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ein Landfriedensbruch-Prozeß.

Nh. Auch Bremen hat nun seinen Landfriedensbruch-Prozeß großen Stils, der am Montag vor dem dortigen Schiedsgericht seinen Anfang nahm. Es handelt sich um Vorgänge bei dem Streit im Baugewerbe im verlorenen Sommer. In den letzten Tagen des Juli fanden regelmäßig abends Arbeitwilligen-Transporte aus Holland an. Am Abend des 30. Juli hatten sich sehr viel Streikende, Bauunternehmer und auch sonstige Beugierige am Bahnhof eingefunden. Auf dem Bahnhof begann der Betrieb um die angekommenen jüdischen Arbeitwilligen. Es entstand ein Streit, was den Stationärsunternehmen veranlaßte, den Bahnhof innerwürdigsterweise nur für Streikende freizugeben. Unternehmer und Arbeitwillige aber ruhig zuzulassen. Die Arbeitwilligen fanden ihren Platzengeln wurden zunächst von dem Stationärsvorsteher im Stationärszimmer aufgenommen und dann circa 100 Meter das Bahngleis hinaufgeführt und an einer sonst dem Betrieb nicht zugänglichen Stelle auf die Straße gebracht. Hierher kamen sich zusammen aber auch die Menschen-Ansammlung vom Bahnhofplatz aus verzogen. Der Transport der vier Arbeitwilligen — drei waren auf dem Bahn verletzt gegangen — ging so rasch, daß je zwei Unternehmer einen Arbeitwilligen in die Hände nahmen und einfingen. Um diesen Transport bildete sich die Menschen-Ansammlung, die bald in zwei dichten Strängen nach dem Arbeitwilligen-Quartier zubewegten. Es wurde erdrückt, geschlagen, auch einige Schläge wurden ausgeübt, indes nicht von Streikenden.

Von den Angeklagten haben zwei seit Anfang August bis zu November im Untersuchungsgefängnis gelegen, die übrigen wurden nach wenigen Tagen gegen hohe Haftsumme auf freien Fuß gesetzt. Zur Beurteilung des Falles ist von Bedeutung, daß in dem Quartier der Arbeitwilligen am Abend vor ein Bataillon niederländischer Streikenden und Unternehmer vor sich gesungen war, bei welchem eine Anzahl Unternehmer über den missverstandenen Anstellungen Bock beriefen und ironisch mit besaßen. Zwei Unternehmer wurden die Streikenden vor Gericht geholt und zu je genau 20 Mar. Geldstrafe verurteilt, ohne ausdrückliche Zustimmung mildernder Umstände, weil die Streikenden doch nichts anderes beabsichtigt hätten, als den Unternehmern die Arbeitwilligen öffentlich zu machen! Der Verhandlung, die sich am 3. Tage eröffnete, waren 64 Personen gekommen. Der Richter endete der Prozeß indessen mit einem erstaunlichen Urteil des Staatsanwalts. Harte man urteilt, daß das Verfahren wegen Unzulässigkeit eingeleitet, im Laufe der Untersuchung aber die Unzulässigkeit in Landfriedensbruch verkannt sei, mußte sich am Riesensatz gar der Staatsanwalt bekennen, in seinem Blaiboden anzuerkennen, daß gegen die Angeklagten Berg und Bölda (Mitglieder der Streik-Kommission der Räte) und den Bauarbeiter Böck die Verhandlung wenig Erfolgenes ergab, daß die Erstverhandlung erfolgen müsse. Gegen die Angeklagten Bauarbeiter Böckermann und Bremmer führten dagegen am zweiten Verhandlungstage einige Politiker eine ungünstige Aussage. Böckermann ist danach wiederholt Prozeßurteil darüber getroffen, daß ein Beamter einen Schlag über den Kopf erhalten habe. Auch soll er gesagt haben: „Das ist wohl die Rache für den 16. Juni?“ Werner ist er an der Seite eines Arbeiters bei dem Angriff sich beteiligt haben. Ein anderer Beamter will Bremmer in der Bahnstation in dem Augenblick angegriffen haben, als dieser mit erhobener Faust sich im Gehänge befand. Bremmer befürchtet, bei dem zweitigen Prozeß in der Bahnstation gezwungen zu sein.

Die Seidenmänner betrieben nach ziellose Verhandlungen die Gewerkschafts-Teilnahme an der Staatsanwaltschaft, bezüglich aller hier Angeklagten Berg, Bölda, Böck und Bremmer. Für bezüglich Böckermann & Bölda wurde die Gewerkschaftsfrage bejaht, dagegen die Seidenmänner (ob Räteleiter, ob Teilnehmer an den Gewerkschaftsleitern) verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Böckermann & Böldas Gefangen, das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Kosten sollen zu vier Fünftel der Staatsanwalt zur Last.

So hat denn der Versuch, dem gewaltigen wirtschaftlichen Samt der Baumwolle im vorigen Sommer ein geräuschloses Radikal zu entziehen, kläglich Misserfolg gebracht. Die Kunden des Prozesses sind minimal, die dem einen Angeklagten auferlegten Strafen sind durch die angekreuzte ziellose funktionslose Unternehmensleitung ziemlich verbürgt. —

Magdeburger Klagegelegenheiten.

Magdeburg, den 20. Januar 1905.

Ein Hausagrarierstrikot.

Man muß es den Hausagrariern lassen; in der Verfolgung ihrer speziellen Interessen entfalten sie einen Eifer und eine Ausdauer, die wir auch den Arbeitern wünschen möchten, wenn es sich um ihre Forderungen handelt. Jetzt stehen in der Stadt ein paar Wohnungen leer, die entfernte Gefahr, daß das Herausschrauben der Mietpreise einmal aufhören könnte, besteht und dem soll vorgebeugt werden. Als Vorbeugungsmittel haben sich die Grundrentenbesitzer ein artiges Stücklein ausgedacht. Sie wollen den Bau von Wohnhäusern dadurch verhindern, daß sie die Errichtung entfernt liegenden Geländes zu Bauzwecken unmöglich machen. Den ersten Versuch der Art machte der Hausagrarierhäuptling Schneider schon in der ersten Stadtverordnetensitzung des neuen Jahres. Er hatte über ein Baugesuch zur Errichtung eines Wohnhauses am Kaiser-Otto-Ring zu referieren und schmuggelte in seine Empfehlung des Gesuchs einen Antrag ein, wonach der Magistrat in Zukunft neue Straßen, entfernt vom Zentrum der Stadt, nicht durch Erteilung von Bauerlaubnissen in der Bebauung erlauben solle. Das gelang ihm damals aber nicht.

Gestern machten nun die Hausagrarien einen neuen Vorstoß in derselben Richtung. Der Bebauungsplan-Ausschuß war vor der öffentlichen Sitzung zusammengetreten und beschloß nun, den Magistrat zu ersuchen, die Schillerstraße in der Wilhelmstadt in „abbaubarer Zeit“ nicht herstellen zu lassen und die nachgesuchte Bauerlaubnis nur für das Grundstück zu erteilen mit der Maßgabe, daß die Schillerstraße nicht angelegt werden soll.

Das wäre also ein allgemeines Bauberbot für eine bestimmte Straße gewesen. Der Handstreich der Hausagrarien, die die Stadtverordnetenversammlung auch jetzt wieder überrumpeln wollten, gelang dieses Mal ja noch nicht. Aber er wurde auch nicht einfach abgelehnt, sondern einem Ausschluß überwiegen. Es wird also noch mehr darüber zu reden sein. Das eine muß man aber Herr Schneider lassen: Er weiß, was den Hausbesitzern kommt. Wenn ihm aber selbst die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung nicht auf allen seinen Pfaden folgt, kann man ungesähr ermessen, was sein neustes Mittel zur Steigerung der städtischen Grundrente bedeutet. —

— Zum Bergarbeiterstreik. Das Gewerkschaftsblatt hat zum Sonntag morgen um 10½ Uhr nach dem „Luisenpark“ eine große Volksversammlung einberufen, um durch einen Bergarbeiter die Gründe für diesen Streik der Magdeburger Arbeiterschaft darlegen zu lassen. Die handvoll Aussteiner, die 250 000 Bergarbeiter in den Streik trieben, lassen durch die verlogene Kapitalistenpresse à la „Centr.“ verflünden, daß die Regierung untersuchen solle, ob Wohlände in den Betrieben vorhanden seien! Nachdem man brüllt die Bergarbeitervertreter abgelehnt hat, nachdem Tausende und aber Tausende durch die Schlampelei auf den Gruben an der Wohländlichkeit vereindet sind; nachdem man durch Schichverlängerung und Wagnissumme die Empörung zum Auftreten angestachelt; nachdem man durch Stilllegung so vieler Gruben Tausende von Arbeitersammlungen im Interesse der Missionäre ins Ende stürzte: Da kommt diese Clique her und sagt zu allem Unrecht, zu aller Unterdrückung noch den blutigen Hohn, indem sie vertrauenvoll sich an die Regierung wendet, und eine Untersuchung darüber verlangt, ob etwa Wohlände vorhanden seien. Arbeit! Erkennt, was auf dem Spiele steht; strömt in Massen am Sonntag in den Luisenpark; organisiert die Unterstützung allüberall! Nicht Worte helfen, sondern Taten! —

— Die Kruppischen Werke und der Bergarbeiterstreik. Der „Köln. Volksztg.“ entnehmen wir folgende Angaben: „Die Kruppische Gußstahlfabrik besitzt noch für 4 bis 5 Wochen genügend Kohlen. Schon Alfred Krupp hat nach dem ersten Ausland auf den Kruppischen Betrieben angeordnet, daß ständig ein Worrat an Kohlen für mindestens vier Wochen vorhanden sein muß, um in Falle eines unerwarteten Ausstands gerüstet zu sein. Nach dem lauen Geschäftsgang in den letzten Jahren ist jetzt die Beschäftigung wieder sehr stark. Für den Fall, daß der Bergarbeiteraustand länger als einen Monat dauern sollte, hat die Verwaltung sich bereits den Bezirk euglicher Kohlen gleichert, so daß der Betrieb der Kruppischen Werke durch Kohlemangel jedenfalls nicht unterbrochen werden wird. Die für die nächste Zeit in Aussicht genommene Ausblaufung neuer Hochöfen und die Eröffnung weiterer Betriebe in der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen müßten allerdings vorläufig hinausgeschoben werden.“ Ob diese Angaben alle zutreffen, vermögen wir allerdings nicht zu untersuchen. —

— Gegen die Schiffahrtsabgaben. Auf Einladung der Handelskammer Magdeburg tagte in Magdeburg die Verhandlung von Vertretern der sämtlichen Handelskammern aus dem deutschen Elbgebiet sowie von den Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, um gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe Einspruch zu erheben. Nach einem Bericht des Handelskammerbundes Dr. Behrend wurde einstimmig beschlossen, eine Eingabe an den Reichskanzler und die Bundesregierung zu richten, und um Aufrechterhaltung des Artikels 54 der Reichsverfassung zu bitten, da die Elbe trotz ihrer Regulierung den Charakter einer natürlichen Wasserstraße behalten habe. Die Schiffahrtsabgaben träfen nur die Schifffahrt, während die gleichfalls beteiligten Interessen der allgemeinen Landeskultur nicht belastet würden. Auch die kommunalen und industriellen Interessen der Anlieger würden geschädigt, viele Existenzien des Schiffahrtsstandes dem Untergang preisgegeben und die monopolistische Entwicklung im Wasserstraßenverkehr begünstigt. Allgemein kam auch die Stimme zum Ausdruck, daß der Kanalzoll das Elbgebiet schwer schädige. Nur die Handelskammern Harburg und Halle waren anderer Meinung, so daß eine diesbezügliche Beschlusssitzung unterblieb. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend den 21. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(122. Sitzung)

Berlin, 19. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Kräfle.

Das Haus beauftragt den Präsidenten, dem Kaiser zum Geburtstag zu gratulieren.

Auf Antrag Schädel (Btr.) wird Abg. Blell (Freis. Vp.) in die Reichsschulden-Kommission gewählt.

Die Wahl des Abg. Mauck-Medl-Strelitz (wlbkrs.) wird für gültig erklärt.

Die

zweite Statthaftung

wird beim Reichspost-Etat fortgesetzt. Es liegen zu diesem Etat drei Resolutionen vor. Eine Resolution Höhne-Herold (Btr.) fordert: Ermäßigung der Fernsprechgebühren für Arbeitsnachweise. Eine Resolution Gröber-Höhe (Btr.) verlangt: 1. Einstellung des Geld-, Nachnahme-, Drucksachen- und Paketverkehrs an Sonn- und Feiertagen; die Verkürzung der Schalterstunden für den Paketverkehr an den Vorabenden dieser Tage. 2. Beschränkung der wöchentlichen Maximalarbeitszeit für mittlere und Unterbeamte. 3. Zustellung der Statistik auf die Nichtbeamten des Postpersonals und auf die Postbeamten in den Kolonien.

Zum letzten Abschnitt beantragen die Abg. Eichhoff und Dr. Müller-Sagan (Kreis. Vp.) statt "in den Kolonien" zu sagen: "in den deutschen Schutzgebieten und im Ausland".

Abg. Trimborn (Btr.): In der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind über 117 000 Personen beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse dieser großen Menschenzahl finden ihre Regelung durch eine Personalfestsetzung des Staatssekretärs vom 17. April 1899. Die Ausstellungen, die unsre Partei im Einstlang mit den Rednern anderer Parteien an dieser Generalversammlung zu machen hatte, haben in dankenswerter Weise Berücksichtigung gefunden. Der Nachtdienst wird von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens gerechnet, Pausen werden zu 1½ in Abrechnung gestellt, größere Pausen während des Nachtdienstes nach Möglichkeit vermieden. In einem energetischen Erlass ist der Staatssekretär für die Durchführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe eingetreten: im Erlass heißt es, daß die Durchführung gegebenenfalls durch Vermehrung des Personals bewirkt werden soll. Danach hat der Staatssekretär das erlösende Wort gesprochen. (Sehr gut! i. Btr.) Wir können ihn nur bitten, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und seine tödlichen Grundfälle überall unnachlässlich zur Geltung zu bringen. — Die Freude über das Erreichte darf uns natürlich nicht verhindern, weiteren Verbesserungen nachzustreben. Die Grundlage jeder gesunden Sozialreform ist die Statistik; ich muß daher auf statistische Einzelheiten eingehen. (Unruhe.) Ja, meine Herren, diese mühsame Arbeit ist wirklich des Schwieriges der Edlen und auch des Schwierigen des Gehörer wert. (Heiterkeit und Zust. i. Btr.) Von den unteren Beamten haben nur 12 Prozent unter 54 Stunden, dagegen 77 Prozent über 60 und 27 Prozent über 66 Stunden Wochendienst. Diese Arbeitszeit ist unserer Ansicht nicht zu lang. (Beifall i. Btr. u. links.) Wir müssen danach trachten, bis spätestens 1907 60 Stunden zur Maximalgrenze des Wochendienstes zu machen. — Zu wünschen läßt auch die Sonntagsruhe übrig. Nur 42 Prozent der Unterbeamten — gegenüber 61 Prozent der höheren Beamten — genießen das Normalmaß der Sonntagsruhe. Das ist zu beklagen, namentlich auch aus religiösen Gründen. (Sehr richtig! i. Btr.) Den Weg, die Sonntagsarbeit einzuschränken, gibt unsre Resolution an, die die Einstellung des Geld-, Paket- und Nachnahmeverkehrs an Sonntagen fordert. Das ist sehr wohl durchführbar: Pakete können sich die Interessenten eb. selbst abholen; Drucksachen wandern ja doch meist in den Papierkorb, und es wäre für manchen besser, wenn er das Geld, statt am Sonntag, erst am Montag erhält. (Heiterkeit.) England beweist, daß die volle Sonntagsruhe im Postverkehr sehr wohl möglich ist. — Recht mangelhaft ist leider die Statistik der Ruhestage. Es heißt, daß bei 20 Prozent der Landbriefträger der Erholungsurlaub „aus besonderen Gründen“ wegfiel; es wäre wünschenswert, daß diese besonderen Gründe etwas näher bezeichnet würden. — Die sanitären Verhältnisse bei der Post sind nicht allzu günstig, wie die hohen Krankheitsziffern zumal bei den Unterbeamten beweisen; ein günstigeres Resultat weist die Statistik der Zodsfälle auf; es scheint, die Herren vor der Post werden viel frisch, sterben aber sicker. (Große Heiterkeit.) Auf alle Fälle empfehlen sich hygienische Maßregeln; vielleicht bemüht der Staatssekretär einen einschlägigen Erlass seines französischen Kollegen. — Die Landbriefträger wünschen dringend die Einführung von Drillschulzügen in Sachen. Ein poetischer Briefträger hat sogar den Staatssekretär angezogen.

"Kräfle, sprich ein gutes Wort und lindre unsre Pein. Und führe uns zur Sommerszeit den leichten Drillsch ein."

(Heiterkeit.) — Dringend wünschenswert ist eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse des nicht beamten Personals der Post. Handelt es sich doch um 31 000 Personen. Es darf nicht vorkommen, daß eine Scheuerfrau von der Postverwaltung einen Tagelohn von 1 Mark erhält. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Mit dem Antrag Eichhoff sind wir durchaus einverstanden. Wissen möchten wir, warum für die Kolonien so sehr die unverheirateten Postbeamten bevorzugt werden. — Die geniale Erfindung unsrer Schwestern (Heiterkeit), das Postanweisungslubert, sollte auch von der Reichspostverwaltung abgelehnt werden. — Redner tritt weiter für Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ein und bittet den Staatssekretär, allen berechtigten Bürgern des Personals möglichst weit entgegenzulommen. (Bravo! i. Btr.)

Staatssekretär Kräfle dankt dem Vorredner für das Lob, das er der Reichspostverwaltung gespendet habe. — Die Statistik ist bereits verfasst; seitdem sind schon wieder 1½ Millionen Mark für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausgegeben worden. Bravol rechts u. i. d. Mitte.) Wir werden nach Möglichkeit fortfahren, den Sonntagsdienst zu verkürzen, wir können aber nicht ohne weiteres so tief in das Wirtschaftsleben eingreifen. Es ist übrigens nicht so gleichgültig, ob jemand das Geld am Sonntag oder erst am Montag erhält. (Sehr richtig! b. d. Kreis. u. Natl.) — Ich bin auf keinen Widerstand bei meinem Kollegen im Reichsschulamt gestoßen, so oft ich Aufforderung für die Beamten meines Ministeriums forderte. — Die Berücksichtigung aller örtlichen Feiertage, wie sie der Vorredner zu wünschen scheint, dürfte kaum möglich sein — es handelt sich dabei um 27 563 Feiertage in 4215 Ortschaften. Die Landbriefträger bedürfen des Urlaubs nicht so sehr wie andre Beamtenkategorien, da sie weit mehr freie Nachmittage haben. — Dem Wunsche des Vorredners, eine Statistik über die Verhältnisse der Postbeamten in den Kolonien zu geben, wird entsprochen werden. Wir schicken keine verheirateten Beamten in die Kolonien, weil sich das Klima für die weißen Frauen meist nicht als günstig erwiesen hat; auch empfiehlt es sich, daß gerade die jungen Leute herauskommen, die noch ein offenes Auge für alles haben. — Im Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß werde ich versuchen, für meine Beamten möglichst viel herauszuholen. (Heiterkeit u. Zustimmung.) Die Einführung von Postanweisungslubert empfiehlt sich nicht; wegen der Portierung für Soldaten habe ich mich mit dem Kriegsminister in Verbindung gesetzt, und über die Ver-

hältnisse des nichtbeamten Personals ist eine Debatte in Vorbereitung.

v. d. Singer (Soz.): Ich hätte gewünscht, daß der Erlass des Reichspostministers, auf den Kollege Trimborn Bezug nahm, nicht bloß in der Volksstimme veröffentlicht, sondern auch den Abgeordneten präsentiert würde. Ich stimme mit Herrn Trimborn darin überein, daß der Erlass noch viel zu rostigen überläßt; ich hätte mir gewünscht, daß Kollege Trimborn nicht so sehr den berechtigten Tabel hinter dem Vorbericht gestellt hätte. Auch nach den neusten Bestimmungen sind die Ansprüche an die Beamten, namentlich an die Unterbeamten, entschieden zu hoch. Bei der Sonntagsruhe, den Ruhestagen, der wöchentlichen Arbeitszeit, dem Erholungsurlaub; überall bringt die Verwaltung den höheren Beamten weit mehr Rücksicht entgegen als den Unterbeamten. Man sollte zunächst die Arbeitsverhältnisse der Unterbeamten verbessern, ehe man an die oberen denkt, obwohl ich natürlich auch diesen eine Aufbesserung von Herzen gönne. — Die Statistik der Ruhestage mit ihren weitgesetzten Rubriken ist ganzlich wertlos. Es handelt sich darum, positiv festzustellen, wieviel Ruhezeit jeder Postbeamte wirklich besitzt.

Erliegt ist die Belebung der Dienstpläne durch den Herrn Staatssekretär. Aber leider fehlt die Garantie, daß die neuen Anweisungen auch wirklich durchgeführt werden — wenigstens wollen die Klagen aus allen Gegenenden über die Überlastung nicht verstummen. — Es wäre doch sehr leicht möglich, den Achtturdientag in der Postverwaltung durchzuführen; zwar nicht der Staatssekretär und die vorstehenden Räte, wohl aber die weitaus meisten mittleren und unteren Beamten haben ihn schon: warum sollen ihn da die Unterbeamten nicht auch erhalten? Statt dessen hören wir, daß ein großer Teil der Unterbeamten über 63, ja, über 66 Stunden wöchentlich arbeitet. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Ebenso steht es mit dem Erholungsurlaub vorliegend schlecht. 20,7 Prozent der Unterbeamten haben noch überhaupt keinen Urlaub. (Hört, hört!) — Weitere Ausstellungen behalte ich mir für die einzelnen Titel des Etats vor. Beim Gehalt des Staatssekretärs, dessen Bewilligung meine Bewilligungen nicht hinterstreiten sollen (Heiterkeit), bekrönre ich mich mit einige Punkten. Da sind z. B. die „gebohrten Unterbeamten“. Wir halten diese ganze Institution für verfehlt, geeignet, der Liebedienerei von unten und der Willkür von oben Platz und Tor zu öffnen. Warum hat man nicht auch „gebohrte“ Postdirektoren usw. eingesetzt? (Heiterkeit.)

In zwei Titeln des Etats befinden sich größere Forderungen für einmalige Unterstiftung. Wir haben den Endpunkt, daß es sich dabei um die Einschaltung der im Vorjahr abgeleiteten Ostmarkenzulagen handelt (Sehr richtig! bei den Polen) und werden diese Korruptionsmittel, mit denen man auf Schleichwegen den starken Reichstagsbeschluss umgehen will, natürlich strikt ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Die Zentralresolution fordert eine Verkürzung des Schalterdienstes, leider nur für die Vorabende der Feststage. Das wundert mich um so mehr, als unter dem langen Schalterdienst nicht nur die Postbeamten, sondern auch die Handelsangestellten, Hilfsarbeiter, Haudienner usw. zu leiden haben. Hergeregt hilft nur, daß von einer bestimmten Stunde an eine Beschränkung der anzunehmenden Pakete stattfindet oder ein Aufschub erhoben wird. Es ist einfach ein Schleuderian, wenn ein großes Handelshaus seine Post erst 5 Minuten vor Schalterabschluß abgibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Piorzheim hat eine Enquete des Centralverbandes der Handlungsgesellschaften festgestellt, daß an einzelnen Tagen 150 bis 160 Personen beim Schalterabschluß in dem Raum anwesend und die Beamten erst gegen 9½ Uhr mit dem Schalterdienst fertig werden. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.)

Die Schalter der Unterbeamten bedürfen dringend der Aufbesserung. Die Post soll keine Rückhalt für Plauscherei sein. Eine allgemeine Erhöhung der Unterbeamtengehälter wird ein Aufschwungtitel der deutschen Postverwaltung sein. (Sehr richtig! links.) — Die Bevölkerung der Unterbeamten läßt bei er noch immer zu wünschen übrig. Wir können die einzelnen Fälle nicht anführen, weil bei solchen Gelegenheiten gegen unsre Gewährsmänner vorgegangen wurde, ich beschreibe mich darauf, den Staatssekretär zu bitten, auf die Abstellung der Schimpfworte Bedacht zu nehmen, die in unsrigen Postämtern noch immer an der Tagesordnung sind. So wird natürlich über die Postabteilung in den Postämtern von Straßburg und Metz geklagt. Abgestellt werden muss auch der Mietstand, die Beamten zwangswise zur Zahlung von Beiträgen für Wohltätigkeitsauflagen heranzuziehen. — Der Staatssekretär hat also noch ein weites Feld zur Gestaltung seines Reformierens vor sich. (Lobh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfle. Gern ist meine Verwaltung noch verbessernsbedürftig. — Protestieren muß ich aber energisch, wenn der Vorredner behauptet, daß die Errichtung „gebohrter“ Siedlungen zu Liebedienerei führe; — ich protestiere namens der zehntausend Unterbeamten in „gebohrter Siedlung“. Protestieren muß ich dagegen, daß ich mehrere hunderttausend Mark eingeschüngelt hätte, um vom Reichstag nicht bewilligte Ausgaben zu bestreiten! — Betrifft der Aufschub, daß aus Rücksicht auf die Beamten zu klagen, daß in allen Lebenslagen Personen, die geistig arbeiten, größere Rücksichten zu erlauben, als solchen, die körperlich arbeiten. Die Statistik, nach der der Herr Vorredner konstatiert, daß 20 Prozent aller Unterbeamten überhaupt keinen Urlaub gehabt hätten, ist, wie ich schon einmal betonte, veraltet. Die Verhältnisse sind jetzt weit günstiger. Recht hat Herr Singer darin, daß ein jüdischer Schalterabschluß das einzige Mittel ist, dem Andrang gerade am Abend zu begegnen. An einzelnen kleinen Postämtern ist hier schon dieser Versuch gemacht, und verschiedene große Handelshäuser haben auf meine Anträge den späteren Schalterabschluß für Pakete ebenfalls für nicht notwendig erklärt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Pach (nott): Die finanziellen Ergebnisse und die materiellen Leistungen der Post sind geradezu als glänzend zu bezeichnen. 900 Millionen Sendungen hat die Post im letzten Jahr befordert. 800 Millionen Ferngespräche sind durch sie erledigt worden. Die Bevölkerung der Reichsämter hält leider mit dem wirtschaftlichen Leben nicht gleichen Schritt. Leider sind, wie der Staatssekretär in dankenswerter Offenheit zugegeben hat, die Postübergriffe zum Teil erzielt durch Überanstrengung des Beamtenpersonals. Diese Überanstrengung muß sich die Zukunft vermeiden werden. Ein früherer Schalterabschluß, um dem übermäßigen Andrang beim Schalterdienst vorzubürgen, empfiehlt sich sehr, darf aber nicht zu schematisch gehandhabt werden.

Redner spricht sich für die Errichtung eines Postchecksystems — für Postparassen — anstatt des ungünstlichen Sparlottoystems — und für Postanweisungslubert aus, die den kleinen Leuten ersparen, private Dinge auf offene Postabschriften zu schreiben. Wünschenswert wäre die Ausdehnung des 10 Pf. Postos auf Postkarten um 10 Mark. Zum Schlüsse möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, daß wir zu sorgen, daß die Dienstfreidigkeit der Postbeamten geboten werde dadurch, daß ein besserer Ton zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herrscht. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfle: Den legitimen Wunsche des Herrn Vorredners werde ich gern entsprechen. Das Anfangskapital der Post beträgt 652 Millionen, davon entfallen 230 auf die Post, 143 auf das Telegraphen und 279 auf das Fernsprechwesen. Durch Anleihen sind davon gedeckt 105 Millionen.

Abg. Blell (Freis. Vp.): Der Nebelstand des zu großen Ausdrucks an die Paketschalter wird besser als durch frühen Schalterabschluß durch Vermehrung der Schalter bestreit. Redner wünscht, daß wir im Auslande die Adressenseite der Postkarte zu einem gewissen Teile zu Mindesten befreien werden dürfen.

Staatssekretär Kräfle: Sollte die Wahlregie indessen zu allzuviel Beschwerden über mangelnde Bestellung führen, so müßte sie wieder aufgehoben werden. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Unterstellung Auer u. Gen. ber. die Vorgänge im Wahlgebiet.)

Bur Reichstags-Stichwahl in Calbe-Albersleben.

Die Handwerker und die Stichwahl.

Die Summung der Wähler des Bundes der Handwerker an die Wähler des Herrn Nahardt, am 21. Januar für Plätze zu stimmen, erregt in immer steigendem Maße den Unmut der kleinen Gewerbetreibenden. Sie haben keine Sympathien für den Kandidaten, der von den Schönebecker und Stadtfurter Großkapitalisten dem Wahlkreis aufgedrängt wurde und können es nicht recht verstehen, daß sie nun denselben Mann in den Reichstag helfen sollen, den sie für ihren wirtschaftlichen Gegner halten und der ihnen so wenig gefällt, daß sie ihn in der Person des Herrn Nahardt einen Gegenkandidaten präsentierte. Mehrfach ist schon der Unwillen der Handwerker über das Vorgehen ihrer Führer in Versammlungen zum Ausdruck gekommen und einige der selben haben ihrem Unmut in Zürschriften an uns Ausdruck verliehen. Wie geben nachstehend ein solches Schreiben wieder, das uns gestern zugegangen ist:

Dresden, 18. Januar.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich gehöre zwar zu den Wählern, die bei der Reichstagswahl den Herrn Nahardt gewählt haben, aber was wir jetzt von uns Handwerken verlangt, das vermag ich nicht einzunehmen. Wir Handwerker in Dresden sind die ersten gewesen, die ihrer Unzufriedenheit mit Herrn Plaatz Ausdruck gegeben haben und wir dürfen alle diese Kandidaten präsentieren. Mehrfach ist schon der Unwillen der Handwerker über das Vorgehen ihrer Führer in Versammlungen zum Ausdruck gekommen und einige der selben haben ihrem Unmut in Zürschriften an uns Ausdruck verliehen. Wie geben nachstehend ein solches Schreiben wieder, das uns gestern zugegangen ist?

Wie geht verlangt man von uns, wie sollten in der Stichwahl für Plaatz eintreten? Ja, aber welches Interesse haben wir daran? Unsympathisch ist uns Herr Plaatz als Person und als Parteimann. Aber ich will über die persönliche Seite des Kandidaten Plaatz ganz schweigen. Seine Taten sind ja genug bekannt. Es genügt, daß der Mann sich der nationalliberalen Partei anschließen will. Was haben die Nationalliberalen zugunsten der Handwerker, der kleinen Gewerbetreibenden getan? Das Eintreten der Mehrzahl der Nationalliberalen für das Handwerkergesetz vom Jahre 1897 kann man ihnen doch kaum zum Verdienst ausrechnen, denn bei der entscheidenden Abstimmung stimmten die wirklichen Handwerkervertreter alle gegen das Gesetz, weil es ihnen nicht genügte. Daß sie recht hatten, ist in der Folgezeit bewiesen worden. Neuerdings haben nun die Nationalliberalen die staatliche Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker verlangt, aber diese Forderung hat der Magdeburger Handwerker abgelehnt, zu dem wäre auch ohne die Nationalliberalen eine Mehrheit für ein solches Forderung zu erlangen. Die Sozialdemokraten haben die Unterstellung des Handwerks unter die Sicherungsgesetze schon weit früher verlangt wie die Nationalliberalen. So sehen die nationalliberalen Taten für die Handwerker aus. Erstens einmal sind es nur sehr wenige, und dann wollen die Handwerker selbst meistens nichts von dieser Art „Handwerkerlizenz“ wissen.

Wie sehr haben die Nationalliberalen die Handwerker aber andersseits geschädigt. Die Nationalliberalen haben bisher unbekannt alle Militär- und Marineforderungen bewilligt und in Zukunft werden sie genau so handeln. Hat das Handwerk Vorteil davon? Mancher Handwerker, der sich noch halten könnte, wenn er seine Kinder beschäftigen könnte, muß diese zwei oder drei Jahre in die Kaserne gehen lassen. Sie kosten ihm dort Geld und obendrein muß der Handwerker sich Gesellen halten, die ihm mehr kosten, wie ihm seine Söhne gekosten hätten. Die erhöhten Steuern durch das Militärwesen muss der Handwerker ebenso tragen wie der Arbeiter, denn es sind bekanntlich nur indirekte Steuern, mit denen die Ausgaben für Heer und Marine abgestrichen werden. Die Nationalliberalen sind auch die größten Exporteure für die Kolonialpolitik. Was hat aber davon der Handwerker? Nicht zuvielen. Wenig hat sie ihm direkt verdeckt, aber Hunderte von Millionen hat sie gelöst, und das ist auch der Handwerker mitzuhören muss, ist hinlangend.

Um schlimmster haben sich die Nationalliberalen mit ihrer zollpolitischen Haltung am Ende des Krieges verdeckt. Wenn das Brot und das Fleisch teurer werden, hat der Handwerker gewiß keinen Vorteil in dem. Sazu kommt die Verstärkung der Rohstoffe, die der Handwerker braucht. Ich verarbeite Bleche und andere ausländischen Konkurrenten verkaufen die Preise billiger wie mir. Es kommt vor, daß die Industrie diese Ware, die ich verarbeite, aus dem Auslande importiert, ebenso billig wie kaufen können wie das Brot des Brotfabrikanten. Das ist die Rohmaterialisierung von deutschen Fabrikaten, die sie bekommen wie ich. Der Kaffee ist aber ganz zu reichen auf den Schuh und der Vorrat kostet billiger wie mir. Es kommt vor, daß die Industrie diese Ware, die ich verarbeite, aus dem Auslande importiert, ebenso billig wie kaufen können wie das Brot des Brotfabrikanten. Das ist die Rohmaterialisierung von deutschen Fabrikaten, die sie bekommen wie ich. Der Kaffee ist aber ganz zu reichen auf den Schuh und der Vorrat kostet billiger wie mir.

Dass die Nationalliberalen diese Postpolitik nach Artikeln untersuchen, ist begreiflich. Die Großindustriellen, die Großkapitalisten sehen ja besonders in der nationalliberalen Partei ihre Interessenvertreter und dem Großkapitalismus dient die ganze nationalliberalen Postpolitik. Wie kann der Handwerker über da die Nationalliberalen unterschützen? Er fördert ja einen ehemaligen Feind, den Großkapitalismus, wenn er den Nationalliberalen etwas fördert.

Ich weiß, Herr Redakteur, wie die Sozialdemokratie zum Handwerk steht. Ich glaube, es ist falsch, wenn sie behauptet, daß Handwerk müsse verschwinden. Es ist lebensfähig, aber nur dann, wenn die Arbeiter in Stand gesetzt werden, etwas Bedeutendes zu verzehren. Hat der Arbeiter Geld, dann verdient auch der Handwerker etwas. Deshalb billige ich

nicht alles, was der Handwerkskund fordert, ich bin auch gegen die Vereinigung mit dem Bund der Handarbeiter, aber ich rate doch für eine selbständige Handwerkspartei ein, weil ich sie für notwendig halte und weil ich hoffe, daß sie ihre Rechte, d. h. die Beziehung mit allen möglichen reaktionären Elementen, ablegen wird. Aber dazu kann mich niemand dringen, sieht in der Wahlwahl für Blaude einzutreten. Ich halte den Nationalsozialismus für das größte Übel und stimme daher bei der Stichwahl für Albrecht. Und meinen Handwerkskollegen empfehle ich, überall dasselbe zu tun. Wenn Sie nicht für Albrecht stimmen wollen, dann mögen Sie wenigstens zu Hause bleiben. Meines Erachtens könnte die neue Mittelstandspartei seinen gehörigen Fehler begehen, als legt dem Nationalliberalen, dazu einem solch unangenehmen Nationalliberalen wie Blaude, Wahlhilfe zu erweisen.

Ich lasse Ihnen, Herr Redakteur, meinen Brief zur betriebsigen Bewegung zur Verfügung. Sollten Sie ihn jedoch abdrucken, dann bitte ich Sie, meine Namen nicht auszuschreiben. Wer weiß, ob sich die nationalliberalen Parteigänger hier in Quedlinburg nicht an mir rächen würden für meine Überzeugung, und so bin ich nicht gestellt, daß ich auf die Kundschaft der Beamten und Gärtnereibesitzer in Quedlinburg verzichten kann.

Hochachtungsvoll

G. M.

Sa das Schreiben eines Handwerkmeisters, der eine Art repräsentiert, von der wir der neuen Mittelstandspartei noch recht viele wünschen. Dann lasse sich mit ihm politisch zusammenrücken. Auf eine Kritik derjenigen Anschauungen des Herrn Einzenders, die wir nicht billigen, verzichten wir für heute. Unser Parteigenossen raten wir aber, für möglichste Verbreitung dieses Schreibens zu sorgen, damit es bis zum Stichwahltage noch seine Wirkung ausüben kann.

*

Aus einem andern Schreiben, das dem Lokalwahlkomitee in Schönebeck zur Verfügung gestellt worden ist, teilen wir folgendes mit:

Schönebeck, 19. Januar.

Die „Reichstreuen“ sind eifrig in der Arbeit; in allen Städten haben geheime Vertreter aus Männergesellschaften stattgefunden zum Zwecke der Heranziehung der Nahrendtschen Wähler für Blaude. Nahardt selbst hat erklärt, er wolle fünf Versammlungen zugunsten Blaudes abhalten. Ein Flugblatt, von Nahardt oder Pauli ausgeschlagen, soll ebenfalls verteilt werden. Am letzten Tage vor der Wahl erscheint ein Flugblatt, in dem hauptsächlich hervorgehoben werden soll, daß die Sozialdemokratie eine Umsturzpartei ist und Staat, König, Familie und Eigentum abschaffen und eine Revolution herborrouen will, in dem fernster besondes der Bergarbeiterstreit behandelt werden soll.

Der Schreiber dieser, selbst Handwerker, hat einer solchen Sitzung beigewohnt und will Ihnen auch seine Meinung sagen, wie agitiert werden muß. Ein kurzes, wichtig gehaltenes Flugblatt, in dem gezeigt wird, daß der wahre Feind des Handwerks das Großkapital ist, daß Herr Blaude vertreibt, wird seine Wirkung nicht verfehlten. Die reichen Leute sind es nicht, die beim Handwerker laufen, sondern die Arbeiter, die kleinen Leute, je mehr diese verdienen, desto besser ist es auch für uns. Die Herren Blaude, Boden, Krause und Hirschfelder nehmen doch nur ihr eigenes Interesse wahr, wenn sie nationalliberal sind. deren Interesse ist aber nicht das Interesse der kleinen Leute. Sicherlich wird ja wieder Kaisers Geburtstag gefeiert. Da geht es hoch her. Gute Weine, seiner Braten und Delikatessen werden verkauft, gefeiert werden, sie aber nicht beim kleinen Kaufmann, sondern im Eigengeschäft. Was soll da der Handwerker die Nationalliberalen unterstützen?

Ein kleiner Wähler.

Vor brechen hier mit der Wiedergabe dieses zweiten Briefes ab, weil der Einzender aus Quedlinburg ziemlich daselbe gesagt hat, wie der kleine Wähler aus Schönebeck. Am beweiswertesten ist an seinen Ausführungen die Mitteilung über die eigene Arbeit der Gegner. Möge es allen Arbeitern zum Vorbild dienen! Dann wird der Stichwahltag ein Ehrentag für die Sozialdemokratie sein. —

*

Die Mittelstandsbewegung, die einen so glänzenden Anfang zu rufen hat, hat allen ihren Numbus von jetzt eingeholt. Aus zwei Gründen: Die Forderungen, die gestellt wurden, sind für einen Blaude zwar unernehbar gereizt, zum Teil sind sie sogar Selbstverständlichkeit. Begegen er sich gesträubt hat, das war, sich *christlich* auf diese Forderungen zu verpflichten. Das ist so ganz in das Programm oder die Programmlosigkeit des Herrn Blaude hineinzuholen, wird jedem klar, der es sieht. Sie lautet:

Forderung des Subsistenzwesens. Sicherstellung der Selbständigkeit und Grundherrschaft, Sicherstellung des Staatsministeriums, Sicherstellung des Landesfürsorge, Sicherstellung der Arbeiterschaft, Durchsetzung der Arbeiterschaft, durch eine Arbeitslosen-Versicherung, Erziehung gegen den unerlässlichen Weltkrieg und sozialistische Weltansicht, Sicherstellung der Konsumvereine und Sparvereine und Sicherung unserer Sozialgrenzen gegen Einschaltung von Bürgern usw.

Der letzte Punkt ist erst auf Drängen des Bundes der Landarbeiter hinzugekommen, und er bedeutet in der Praxis fast nichts anderes als hohe Preisabschüsse. Auf degenen setzt Herr Blaude, der Gefolgsmann der Agrarier, noch niemals etwas einzuhenden gebaut. Man kann also nichts ansehen, weshalb Herr Nahardt dem Herrn Blaude gegenübergestellt werden ist. Dann eine *christliche* Verpflichtung auf die Mittelstandsforderungen hat Herr Blaude auch keine soviel nicht abgegeben. Dieses Zutunreden nach den vorhergegangenen großen Worten muß die Mittelstandsbewegung stark disfreditieren.

Erwartungsgemäß noch aus der zweiten Grund wischen Nahardt Blaude in die Stichwahl gekommen ist, erleben wir das merkwürdige Resultat, daß er sowohl wie seine Freunde sich gänzlich untätig verhalten und sich Nahardt es ist, der, aus einem Souffle sehr zufrieden, mit unermüdlicher Energie und Mühelosigkeit die ungeheure Agitation für Herrn Blaude aufzulegen. Auch wir, den Steinigen durch öffent-

liche „S. W.“-Redaktion die Stimmabgabe für Blaude als das kleinste Übel zu empfehlen, reist er im Wahlkreise umher, redet jeden Abend und singt in den höchsten Tönen das Lob des Mannes, den er soeben erst so hart bekämpft hat.

Dieser Unstand in Verbindung mit der agrarischen Freundschaft zeigt nicht allein, in wie reaktionärem Fahrwasser Herr Nahardt segelt, er häuft auch den Gluch absurder Rücherlichkeit auf diese Art von Mittelstandsbewegung.

Wird Sie dieser Rücherlichkeit standhalten? Werden alle die aufgläubigen Geschäftleute und Handwerksmeister, denen Herr Nahardt als neuer Prophet erschien, diese waghalsige „Fahrt durch die Schleife“ mitmachen? Ober wird sie ein Esel überkommen über die groteske Art, wie sie genausi führt werden, und werden sie erkennen, wie recht wir hatten, als wir von Anfang an behaupteten, daß Nahardt nur der Schriftsteller für Blaude sei?

Der 21. Januar wird erkennen lassen, wieviel oder wiewenig politische Weise im Mittelstand des Wahlkreises Calbe-Schönebeck steht.

Hoffen wir, daß er sich nicht zu sehr blamiert. —

Provinz und Umgegend.

Eine nichtswürdige Verleumdung.

Die „Seehäuser Worte“, das Vereinsorgan des Reichstreuen Vereins gegen das Volk im Kreise Banzleben leitete in einer ganz nichtswürdigen verleumderhaften Weise über die Entstehungsursache des Bergarbeiterstreits. Das Blatt schreibt:

„Mit allen Kräften haben die Gewerkschaftsführer sowie die Leiter der nicht sozialdemokratischen Bergarbeiter-Organisationen dem Ausbruch des Streits entgegen gewirkt und Mahnung über Mahnung zur Ruhe ergehen lassen. Aber die Mahnungen waren erfolglos und mußten es sein. Zu lange sind unter den Bergleuten Hasser am Werk gewesen und haben unter ihnen mit allen Mitteln Erbitterung und Hass gegen die Arbeitgeber hervorgerufen. In solchen Stimmungen aber genügt dann ein geringer Anstoß zu einer folgenschweren Explosion.“

Es steht ganz unzweifelhaft fest, daß der Ausbruch der Bewegung gegen den Willen der Führer, auch der Führer der sozialdemokratischen Bergarbeiter-Organisation, vor sich ging. Erst nachdem die Führer vor der vollendeten Katastrophe standen, nachdem sie sahen, daß nicht mehr vorbeugt werden konnt, haben sie, wie es ihre Pflicht war, ohne weiteres auch die Leitung der Ausstandsbewegung übernommen.

Das weiß auch die „S. W.“. Trotzdem schreibt sie, daß nur die nicht sozialdemokratischen Führer entgegenzuwirken versucht haben! Daz sie es weiß, beweist eine Bemerkung an anderer Stelle des Artikels.

„Wir wissen nicht,“ heißt es da, „ob die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen den Ausstand echt waren; denn die sozialdemokratischen Organisationen gewinnen bei jedem Streit, gleichviel ob er siegreich verläuft oder mit einer schweren Niederlage endet.“

Erst haben die sozialdemokratischen Führer nicht gebremst, dann aber werden die erfolgten Preimungen auf ihre Echtheit angezweifelt! Ein lässiges Beispiel demagogischer Bearbeitung der öffentlichen Meinung läßt sich wohl kaum aufzufinden.

Das ganze Geschehensbild der „S. W.“ wimmelt von Verdächtigungen der Führer des Bergarbeiterverbandes. Obgleich „keineswegs bestritten wird, daß mancherlei berechtigte Ursachen zu Klagen für die Bergleute vorhanden sein mögen“, heißt es doch, daß

„die Unzufriedenheitsföhre“ es sich haben engagieren sein lassen, diese Klagen zu verstärken und zu vertiefen. Sie haben gründlich die Arbeitnehmer der übelsten Industrien verdächtigt und jedes einzelne den Arbeitern mißfallige Vorgänge in der schwimmenden Weise aufgezeigt und verallgemeinert und an diese Weise die „Götter“ erzeugt, von der schon seit Wochen die Rede ist. „Die Schuld an dem Ausbruch des Streits ist jedenfalls in allerletzter Linie den gewissenlosen Klassenhassen zwischen zusätzlichen. Nochmehr verschärfte Klagen der Bergarbeiter berechtigt seien, so würden sie doch sicherlich nicht die Arbeitnehmer in einen Zustand der Verharmlosigkeit versetzt und sie gegen die Folgen, die ihr Vorgehen haben wür, blind gemacht haben.“

Als ein „leuchtendes Beispiel“ wird der Streit hingestellt dafür, daß die Schonung, eine straffe Organisation der Arbeiter sie die Gewalt, daß Schnellmorde ruhig und sachlich ausgefochten würden“. Unwahr ist.

Die zwecklosen, fiktiven Faktionsfreien und sozialen Faktionsfreiheit können hier ersehen, daß den Führern der Organisationen die Regel aus den Händen gleiten, sobald erregte Zeiten eintreten.“

Wenn vor den Arbeitgebern den von der „S. W.“ als „berechtigt“ erkannten Klagen der durch ihre Organisationen vertretenen Arbeitern Gehör geschenkt werden wäre, dann wäre der Schornstein ruhig und sozialistisch durchgezündet worden. Die Schuld liegt also

nicht bei den Arbeitern oder deren Organisationen, sondern bei den sozialdemokratischen Kohlenpropheten. Das Attentat der „S. W.“ auf die Sozialistinrichtung richtet sich ja selbst. Von einem „Auf dem Händen gleiten der Zugel“ kann gar keine Rede sein. Die Schwatznachrichten der Schonungswichtel werden sogar von der Polizei hingestellt als daß, was sie sind, nämlich vaterländische Schwatznachrichten. Es ist doch erwiesen, daß das große Heer der Ausländer eine geradezu musterhafte Ruhe und Ordnung begegnet.

Die Arbeiterschaft kann daraus, daß die „S. W.“ ein verortiges Pamphlet aus einer Berliner Fabrik schriftstellerischer Waschzettel abdruckt, ersehen, daß sie alle Ursache hat, mit gänzlicher Feindschaft alle derartigen Blätter aus ihren Häusern zu verbannen. —

Um die klassenbewußte Arbeiterschaft des Wahlkreises Banzleben.

Arbeiter des Kreises Banzleben! Der gewaltige Kampf, der im Ruhr-Kohlenrevier um die Erhaltung der wertvollen Menschenrechte entbrannt ist, erfordert unermüdliche Opfer, von denen auch wir unser Teil darbringen müssen. Soll der Übermut der Kohlenbarone eingedämmt werden, dann müssen auch wir dazu beitragen, daß der Hunger vom Herde der braven Bergleute fernbleibt. Der unterzeichnete Vereinsvorstand fordert deshalb alle Parteigenossen, die Parteiblätter in Händen zu haben, auf, dieselben sofort bei ihrem Bezirkstagskeller abzuliefern, damit dieselben in der Lage sind, am Sonntag auf der Generalversammlung mit dem Vereinsklavierer abzurechnen. Sammelstellen zur Unterstützung der Bergarbeiter werden den leitenden Genossen der einzelnen Orte am Sonntag zugestellt und erwarten wir bestimmt, daß die Genossen in allen in Betracht kommenden Orten sofort Vorlesungen treffen, um in planmäßiger Weise Mittel aufzubringen. Die gelesenen Listen sind abends am Sonnabend, 28. Januar, mit dem Vereinsklavierer abzurechnen. Parteigenossen tut eure Schuldigkeit; schnelle Hilfe ist hier ganz besonders doppelte Hilfe.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Banzleben. J. A. Julius Koch.

Burg, 20. Januar. (Konkurs.) Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Guler u. Leder (Schuhfabrik) ist der Konkurs eröffnet worden. Das ist seit langer Zeit um schon der zweite Fall. Betroffen werden davon circa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen. Umfangreichen Gerichten nach soll das Faltert weiterer Firmen bevorstehen. Ein Wunder wäre es ja nicht, wenn man bedenkt, daß bei der Firma Cour Lad u. Co. umhernd zwei Millionen Paar Schuhe und Stiefel auf Lager sind, und auch hier bei reduzierter Arbeitszeit gearbeitet wird —

Burg, 19. Januar. (Diebstahl) Donnerstag früh zwischen 5 und 6 Uhr entwendeten Diebe aus der Bodenkammer des Grundstücks Heribert Chaussee 21, dem Herrn Heribert Haferland gehörig, größere Mengen Brat- und Rotwurst, Sülzen u. c. und schafften dieses in einem Sack mittels Handwagens fort. Obwohl sie beobachtet wurden und die Verfolgung sofort gestartet, gelang es doch nicht, sie einzuhören —

Burg, 20. Januar. (Diebstahl) Donnerstag früh zwischen 5 und 6 Uhr entwendeten Diebe aus der Bodenkammer des Grundstücks Heribert Chaussee 21, dem Herrn Heribert Haferland gehörig, größere Mengen Brat- und Rotwurst, Sülzen u. c. und schafften dieses in einem Sack mittels Handwagens fort. Obwohl sie beobachtet wurden und die Verfolgung sofort gestartet, gelang es doch nicht, sie einzuhören —

Burg, 20. Januar. (Eine Erhöhung der Schichtlöhne) um 10—15 Prozent hat die Mansfelder Kupferhüttenbauende Gewerkschaft beschlossen. Die bürgerliche Presse singt deshalb das Viehlied des Arbeitgeberwohlwollens in allen Tönen. Unser Erachtens liegt dazu keine Veranlassung vor. Die Direktion der Gesellschaft hat selbst erklärt, daß die Kupferpreise gestiegen seien. Von dieser Steigerung den Bergleuten einen winzigen Anteil zu gewähren, ist nur recht und billig. Zudem befinden sich die Löhnne nach der Erhöhung erst auf der Höhe, in welcher sie bei Lebzeiten des Direktors standen. Die Gewerkschaft wird auch nicht versäumen, sofort eine Reduzierung einzutreten, wenn sie es für geboten hält. —

Gießen, 20. Januar. (Eine Erhöhung der Schichtlöhne) um 10—15 Prozent hat die Mansfelder Kupferhüttenbauende Gewerkschaft beschlossen. Die bürgerliche Presse singt deshalb das Viehlied des Arbeitgeberwohlwollens in allen Tönen. Unser Erachtens liegt dazu keine Veranlassung vor. Die Direktion der Gesellschaft hat selbst erklärt, daß die Kupferpreise gestiegen seien. Von dieser Steigerung den Bergleuten einen winzigen Anteil zu gewähren, ist nur recht und billig. Zudem befinden sich die Löhnne nach der Erhöhung erst auf der Höhe, in welcher sie bei Lebzeiten des Direktors standen. Die Gewerkschaft wird auch nicht versäumen, sofort eine Reduzierung einzutreten, wenn sie es für geboten hält. —

Salzwedel, 20. Januar. (Tot aufgefunden) wurde auf der Buchmeyer Feldmark der circa 40 Jahre alte Handelsmann Wilhelm Sander aus Frohse bei Salzwedel a. E. Ob Verbrechen oder Unglücksfall vorliegt, hat noch nicht ermittelt werden können. —

Schönebeck, 20. Januar. (Vilanz) Aus der in der heutigen Nummer dieses Blattes enthaltenen Bekanntgabe der Vilanz des Konsumvereins „Vilanz“ für Schönebeck und Umgegend ist zu ersehen, daß der Verein immer noch gut fundiert ist, trotz des Rückgangs der Mitgliederzahl, die auf die Eingriffe der Behörden und die Gegenagitation zurückzuführen ist. Es ist nicht so, wie schon von Seiten der Gegner ausgespielt worden ist, daß der Konsumverein seinem Berall entgegengestellt. Diese Verleumdungen müssen zurückgewiesen werden, da aus den Zahlen der Vilanz ersichtlich ist, daß der Verein im letzten Jahr gut gearbeitet hat. Der Verein hat vor Weihnachten seinen Mitgliedern 38.000 Mark vor zurückgelegt und die übrigen 12.000 Mark den Mitgliedsanteilen und den Fonds aufgeschrieben. —

Inventory-Reserve- und Schuss-Zigarren

Wir empfehlen:

45 Pfg. pro Dutzend, 100 Stück 3.50 Mk.
Alljährlich nur einmal! Ganz reelle Qualitäten!

Meissner-Tabak vorzüglicher wilder Orienttabak, bissig und doch gut,
½ Pfd. 10 Pfg., 10 Bid.-Böschel inkl. 3.50 Mk.

½ Pfd. 30 Pfg., 1 Bid. 60 Pfg.
10 Bid.-Böschel inkl. 5.50 Mk.

Tabak- und Zigarren-Fabrik

Paul Meissner & Co., Haupt-Geschäft: Schrotbörsestraße,
2. Geschäft: Breiteweg 233, 3. Geschäft: Söder, Halberstädterstr. 117.

Preisliste gratis und franko.

Uhren!

Zeichenuhr-Feder oder 930
Reinigen 75 Pf.
Uhrzylinder 175 Pf.
Uhrglas 20—40 Pf.
Billigster Verkauf aller Arten Uhren.

Buendel, Jakobstr. 40.

Fahrrad- und Nähmaschinen-Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.
Fahrrad-Reparaturwerkstatt Sudenburg, Halberstädterstr. 122aa

Brenncocke 2180

Naturheil-Bade-Anstalt

(früher Seebach)
nimmt auch Rezepte sämtlicher Krankheiten entgegen. 896

Große Schulstraße 4.

Gänsefischmalz
garantiert rein, Pfund Mt. 1.20
bei Weinberg, Berlinerstr. 1a.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend den 21. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Die sozialistische Einigung in Frankreich beschlossen.

Im Värni der politischen Krise, die durch den Rücktritt Combes' hervorgerufen, von den bürgerlichen Beichendeutern kaum beachtet, hat sich in Paris ein für die künftigen Schicksale der Republik bedeutungsvolles Ereignis vollzogen. In der Sitzung des sozialistischen Einigungskomitees haben die Vertreter sämtlicher Organisationen mit einer einzigen Ausnahme — die von uns schon mitgeteilte gemeinsame Programmklärung unterstellt und ihre Übereinstimmung an das internationale Bureau übertragen.

Diese Organisationen sind: Die französische sozialistische Partei (die sogenannten Ministerielles oder Raubreisiten), die sozialistische Partei Frankreichs (die Revolutionärsozialisten oder Guesdisten), die revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei (Léninisten) und die autonomen sozialistischen Föderationen Bouches-du-Rhône, Bretagne, Herault, Somme, Var und Yonne. Nur die autonome Föderation des Departements Nord hat ihre Entscheidung dem Kongress, den sie am 29. Januar abhält, vorbehalten.

Die Einigungskommission beschloß ferner, sich sofort als Organisationskommission für den Einigungskongress zu konstituieren. Sie wird auch ein Statut für die geeinigte Partei ausarbeiten. Eine zwölftägige Subkommision hat die nötigen Vorarbeiten zu treffen.

Hiermit ist die vom Amsterdamer Kongress in Fluss gebrachte Einigungsbewegung dank dem guten Willen aller Beteiligten zu einem glücklichen Ausgang gelangt. Der alte Parteizwist der, beinahe schon überwunden, durch den Fall Millerand aufs neue entzündet worden war und den französischen Sozialismus in erbitterten inneren Kämpfen einen großen Teil seiner Energien hat aufzehren lassen, scheint nun wirklich beigelegt. Ministerelle und Revolutionäre, Faure und Guesde, werden fortan nebeneinander, als Angehörige einer großen politischen Organisation für die Sache des Sozialismus wirken und der geeinigten Partei wird es nun wohl gelingen, auch zur Masse der Gewerkschaften, die bisher noch vielfach von der anarchistischen Phrasie beeinflusst waren, ein besseres Verhältnis zu finden.

Zedenfalls ist die Einigung der französischen politischen Arbeiterorganisationen eine Tatsache, die jetzt, wo die bürgerliche Republik vielleicht an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt ist, von besonderer Bedeutung ist. —

Aus der Parteibewegung.

Unterlegen ist in der Stichwahl der Genosse in Niedorf, der in der zweiten Wahlteilung in die Stichwahl gekommen ist. —

Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Bürgerausschuss-Wahlen in Württemberg sind trotz einzelner Widerstände wiederum ganz erhebliche. Nach den der "Schwäb. Tagesspost" zugegangenen Berichten wurden bei den letzten Wahlen 74 sozial-

demokratische Bürgerausschuss-Mitglieder gewählt. Da jedoch in einer Reihe von Orten die Kandidaten entweder in öffentlichen Wählerveranstaltungen aus verschiedenen Par-

teien entnommen wurden oder Arbeitervereine mit der Sozialpartei zusammengingen, in den betreffenden Berichten die Gewählten aber nicht nach ihrer Parteidisposition benannt sind, so dürfte sich die Gesamtzahl noch wesentlich erhöhen. In der vorjährigen Zusammensetzung über das Ergebnis der Gemeinderats-Wahlen werden 69 Parteigenossen gezählt. —

Das internationale soziale Bureau hielt am vergangenen Sonntag im "Maison du Peuple" zu Brüssel eine Sitzung ab. Vertreten waren: Hyndman (England), van Ros (Holland), Vaillant und Cipriani, Longuet und Brack (Frankreich für beide Fraktionen), Lubanowski (Aussland), Adler (Österreich), Bebel und Kautsky (Deutschland), Bloch (Luxemburg), Welser (Großherzogtum Luxemburg), Cambier (Argentinien). Anteile und die Delegierten für Norwegen und Schweden. Unter allgemeinem Beifall der Delegierten gibt der Genosse Vaillant bekannt, daß die Einigung der französischen Sozialisten als eine vollzogene Tatsache betrachtet werden könne; es bleibe nur noch übrig, sich über einige Bestimmungen bezüglich der Organisation zu einigen. Brack verleiht die von uns bereits mitgeteilte, d. R. Prinzipienerklärung, auf Grund welcher die Einigung vollzogen ist. Hyndman bestreut die französischen Genossen zu diesem Resultat und beantragt eine Resolution, durch welche die übrigen Nationen erachtet werden, die Einigung zwischen den einzelnen Fraktionen zu vollziehen. Der Genosse Servan, Sekretär des internationalen Bureaus, gibt hierauf einen Bericht über die Arbeiten des Sekretariats seit dem Amsterdamer Kongress. Eine Reihe Publikationen, so das Protokoll über den Amsterdamer Kongress und ein Band, enthaltend die Berichte über die sozialistische Bewegung von Europa, Amerika und Australien, sind kurzlich erschienen. Eine Ausgabe des Amsterdamer Protokolls in deutscher Sprache hat die deutsche Partei herausgegeben; es war geplant, auch eine englische Ausgabe erzielen zu lassen, jedoch wurden nur 310 Exemplare gezeichnet, so daß das Sekretariat den Plan fallen lassen mußte. — Die Kosten des Amsterdamer Kongresses in der Höhe von 4000 Franc wurden genehmigt.

Hierauf beginnt die Diskussion über die Abstimmungssätze in etablierten internationalen Kongressen. Vandervelde erörterte den Begriff Nationalität, sowohl das Recht auf eine besondere Stimme innerhalb des Kongresses beanspruchen können. Van Ros unterbreitet ein System der proportionalen Vertretung, wonach drei verschiedene Kategorien von Nationalitäten je nach der Bedeutung der sozialistischen Parteien in den betreffenden Ländern unterschieden werden. Nach diesem System würden die einzelnen Nationalitäten je nach ihrer Stärke, 9, 6 oder 3 Stimmen erhalten. Longuet, Vaillant und Vandervelde vertreten sich im allgemeinen für das von van Ros ausgearbeitete System aus. Kautsky, ohne die beantragte Reform von vornherein ablehnen zu wollen, ist der Meinung, daß die Frage vertagt werden müsse. Adler spricht über die Schwierigkeiten, die sich in Österreich durch die verschiedenen Nationalitäten ergeben; diese Schwierigkeiten vor der sozialdemokratischen Partei nur dadurch überwunden werden, daß sie den kleinen Nationalitäten ihre Rechte einträumen. Bebel verlangt, daß die Frage zunächst in der sozialistischen Presse diskutiert werde. Es sei nicht möglich, daß das internationale Bureau sie heute schon löse. Nach langer interessanter Diskussion wird schließlich die Entscheidung über diese Frage jedoch Monate hinauszögern. — Eine von Jean Longuet beantragte Resolution, die einen energischen Protest gegen die Unterdrückung des sozialistischen Vereins und die Unterdrückung der sozialistischen Zeitung in Tokio ausspricht, wird angenommen. Bebel beantragt, um es möglichst allen Nationalitäten möglich zu machen, sich im internationalen Bureau vertreten zu lassen, die Sitze, außer in dringenden Fällen, jährlich nur einmal austauschen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen, und die Verhandlungen hierauf geslossen.

Am Sonntag abend fand im "Maison du Peuple" ein großer Kommers statt, an welchem ca. 4000 Personen teilnahmen. Nach kurzer Begrüßung durch Vandervelde, nimmt der Genosse Bebel über ihr goldiges Haar streichelte, fühlte sie ihre Kopfhaut sich fröhlig zusammenziehen. Wie Weitschenlebte wirkte sein Lachen. Wie eine Chriseje auf offener Straße . . .

Eineonne wäre es gewesen, ihm durch das Gesicht zu kratzen — oder ihm das Blut aus den schlanken Fingern zu reißen — oder ihn zu treten, ja, zu treten! Aber er läßt weiter — und lachte — —:

„Wahrhaftig: „Liebe, Träume, Schmerz, wärts“ — ä, das tut weh — „Licht, dicht“ — o Gott, Mädchen, wie können Sie etwas machen? Was haben Sie denn schon erlebt? Was wissen Sie von Liebe? Sie kleines Dummkopfchen — Na nu! Was ist das? Sogar Emil Linke. Aber Gertrud!“

Da räß sie ihm das arme Gedicht aus der Hand, zerstüttelte und zerstörte es.

Auf ihrer Stirn schwoll ein Ader blaurot.

Das war der Sturm!

Und zwischen ihren Zähnen saß ein Wett, das klung wie: „Hah — Hah“ — —

„Aber Gertrud, wie kennen Sie bloß? Ein Kind auf mich! Nein, mein Kind, das ist eine ganze dumme Gefühlsduselei. Später werden Sie auch darüber lachen. Also seien Sie mir nicht böse — gelt? — nein —“

Er strich ihr zärtlich über die glühenden Wangen und griff nach ihrer Kinderhand.

„Verzeihen Sie, Herr Doktor“, sagte die eintretende Toni Eßey. „Ich hatte mein Butterbrot vergessen.“

Da ließ Dr. Linke Gertruds Hand häufig los, verbeugte sich und ging eilend hinaus.

Gertrud blieb unbeweglich stehen. Wannpbast unbeweglich.

„Was machst Du? Wach doch auf! Gertrud, war's so süß?“

Ein paar Sekunden schien es, als würde das junge Mädchen zusammenbrechen — ein paar Sekunden bloß — dann richtete sie sich mit einem Ruck auf und sagte, einige widerstreitende Tränen hinunterfließend, so spöttisch sie konnte:

„Der arme Linke.“

Toni lachte.

„Aha. Ich hab's wohl gesehen! Wie eilig er fortließ! Du hast wohl einen ganzen Roman erlebt?“

das Wort. Er bringt die Sympathien, welche die Sozialdemokratie aller Länder, vor allem auch die Deutschlands, für das belagerte Proletariat hat, zum Ausdruck. Wenn er seine Freude über die Erfolge in Frankreich ausdrücken kann, kommt er auf die Kampfe im Ruhegebiet zu sprechen. In wenigen Tagen würden vorliegen, gegen 200 000 Menschen im Ausland befinden. Der Genosse Bebel rednet auf die internationale Solidarität; er spricht die Hoffnung aus, daß das Proletariat aller Länder die deutschen Vergleiche in ihrem geteilten Monde unterstützen werden, so daß es den internationalen organisierten Obrigkeitengruppen nicht gelingen werde, die Lande im Süden zu unterwerfen oder den sozialen Frieden in anderen Ländern zu stören. Die von Vandervelde übertrage rede wird mir erzählen: — aufgenommen. —

Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 14. Januar 1905.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende mit, b. der Stadtv. Niemand sei in Krankheit niedergestreckt habe, obwohl dieses schlechten Gesundheitszustand.

Vor Eintritt in die Tagessitzung wird über die Annahme eines Geschenkes des Dr. Rentner & Wolff Mittag von 50 000 Mark zur weiteren Verwendung des Notbehörs verhandelt. Widerspruch gegen die Annahme des Geschenks wird erhoben.

Nachdem dann zwei Blasen von unwiderstehlicher Bedeutung erledigt worden sind, wird über die Bewilligung von 23700 Mark zur Legung von Gas- und Wasserrohren und Aufstellung von 44 Laternen in einigen neu anzulegenden Straßen des Sterngebietes verhandelt. Ohne Diskussion wird die Summe bewilligt. Desgleichen werden 4250 Mark, die ebenfalls zur Legung von Gas- und Wasserrohren und Aufstellung von 5 Laternen in der Straße XXV der Alten Neustadt zwischen Schiffer- und Wittenbergerstraße gefordert werden, bewilligt. Der Bewilligung von 36 000 Mark zur Errichtung der Kleinergänzung im Alpparkratzenstr. 11, des Gaswerks wird von der Stadtverordneten-Versammlung zugestimmt.

Für den Bau eines Turnhalls in der Straße XXV der Alten Neustadt werden 2400 Mark gefordert. Die Stadtverordneten-Versammlung gibt der Forderung ihre Zustimmung.

Der Deutsche Verein für das Fortbildungsschulwesen hat der Stadtverordneten-Versammlung einen Bericht zugesandt, desgleichen ist der Jahresbericht des Vereins zur Förderung des Gewerbelehrhauses für 1903 eingegangen. Die Versammlung nimmt ohne Debatte die Eingänge zur Kenntnis.

Dann wird zur Verhandlung geschritten über die Überreichung der für die Errichtung eines Geschäftszimmers auf dem Nordfriedhof bewilligten 1200 Mark um 576,88 Mark. Die Mehrausgabe wird genehmigt.

Aus Sparfassensüberflüssen soll die Summe von 576,25 Mark, um die die Feuerwehrleute des Stadttheaters bewilligt 12 000 Mark übertragen werden, bewilligt werden, was auch ohne Diskussion geschieht.

Das Kollegium tritt dann in die Beratung ein, führt die Annahme einer Zuwendung des verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Magdeburg, Stadtrats Otto Duvigau, im Betrage von 20 500 Mark. Nach einer kurzen Bemerkung des Vorsitzenden wird auch der Annahme dieser Zuwendung kein Widerpruch entgegengestellt. Zur Aussattung von 6 Klässen sowie 2 Lehrer- und 1 Gehmittelzimmer in dem Renbau der Schule Präsidentenstraße Nr. 8 ist die Summe von 6000 Mark erforderlich, die auch nach kurzer Debatte bewilligt wird. Im Anschluß daran werden 900 Mark zur Bepflanzung von 54 verpachteten Gartenparzellen an dem Uferstück der Peter-Bindeschen Hauptstiftung mit Obstbäumen bewilligt.

Hausgravierwünsche.
Vor der Erteilung der Baurelaubnis an den Bauunternehmer Karl Pfeffer zur Errichtung eines Wohngebäudes an der

Grenilleton.

„Der Kuh.“

Eine Geschichte aus der Schule von M. Gregor.

Die alte Schulglocke läutete dröhrend zur Pause. Nun stiegen alle Türen auf und ließen goldenen Sonnenschein den dümmrigen Gang durchfluten. Helle Mädchentonnen jüpten und schwatzten . . .

Vor der Tür der ersten Klasserottete sich eine kleine Schär zu ammen, die lachend und tuschelnd Gertrud Schönens beobachtete, wie sie schwärmerisch zu Dr. Linke hinaufsaß, der das Klassenzettel noch unterschreiben sollte.

Schließlich mache eine die Tür zu.

„Ich weiß. Langweilig ist's!“

Drinnen sagte der angebetete Dr. Linke:

„Sie waren wohl immer die Erste in der Klasse?“

„Ja, zumeist.“

Gertrud schwante auf rosa Wölkchen. Das erste lange lang erschunte Tete-a-tete mit Linke. O Bonne! Das Klassenzimmer drehte sich vor Gertruds Augen und alles kam in schwankende Bewegung.

„Sie dachten wohl auch?“

Er spritzte die Feder in das Tintenfaß aus und klappte das Klassenbuch zu.

Wenn es möglich gewesen wäre, noch röter zu werden, hätte Gertrud es sicher versucht — aber es ging nicht. Da — ein impulsiver Gedanke schoß ihr durch den Kopf. Schnell. Schnell.

Und ehe sie noch recht wußte, wie es zugegangen war, hatte sie ihm schon ihr letztes dichterisches Erzeugnis, das sie stets bei sich trug, hingehalten.

Er nahm es lächelnd.

Regungslos, von Seligkeit eingeschlossen, verharrete Gertrud.

„Ein Liebesgedicht?! An Ihnen?“

Und er lachte.

Bitte, überlegen Sie: er lachte, als wäre so ein jugendliches Liebesgedicht eine Kinderei, ein Unsinne, eine Kapalle, etwas lächerliches.

Gertrud wurde leichenblau. Und obwohl die Sonne

„Na ja. Wie man's nimmt!“

„Hat er Dich denn auch gefüßt?“

„Hast Du vielleicht etwas gesehen?“

Und zwischen die Zähne drängte sich wieder ein Leri, das lang wie: „Hah — Hah“ — —

„Em. Ich konnte mir schon vieles denken.“

„Die fehlen Sie enden Madchen aus der . . .“

„Der Dr. Linke hat die Cart. an eben“

rief Toni den Ersten ewig zu.

Die laufen. „Ah was!“

„Wer es ist weiß“

„einah gehe“

„Ist es der Dr. Linke?“

„Ein warden i rechte . . .“

„Sag mir gleich.“

„Klar. Ich kann es.“

„Lieber Dr. Linke.“

„Der Dr. Linke.“

verdächtigem Ende der Oberstieckes vom **Haushalt** und **Wohneigentum-Ausschuss** der **Stadtverordneten-Versammlung** folgenden **Entscheid**: **Haushalt**-Bewilligung sollte beobachten: die Stadtw. soll nur für die Schillerstraße nicht angelegt werden soll. Der K. R. soll auf Straßenecke abtreten und die Straßenherstellung kosten für die St. in der Schillerstraße auf 22,5 Meter zwar entrichten, es soll aber nur der Bürgersteig auf die Länge des Hauses heranreichen. Der Magistrat wird ersuchen, die weitere Herstellung der Schillerstraße in absehbarer Zeit nicht zu verantlosen."

Stadt. Haupt: In der Meinung, daß der Magistrat dem Antrag schwerlich beipflichten kann. Dasselbe erwartet er auch von der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, da der lege Ausdruck des Antrags eine Bedrohung für Bebauungsfähigkeit zur Folge haben würde.

Ein Vertreter des Magistrats teilt für Annahme der Magistratsvorlage ein.

Stadt. Odemar: In Wohnungen ist doch zuviel kein Mangel; der Antrag des Ausschusses bedeutet doch nur eine weitere Gestaltung der Wohnungsbauweise. Wir gehen in der Altstadt einem Häusernach entgegen, der eine ganze Anzahl Leute ruiniert muss. Es muß von ihnen nach außen heraus gebaut werden.

Stadt. Haupt: Wenn die Fluchtlinie noch nicht festgelegt wäre, so könnte mit einer Bebauung vielleicht noch gewartet werden. Die Straße ist aber schon zum Teile bebaut. Warum versucht man denn den Magistrat zu veranlassen, die Anlegung neuer Straßen zu verhindern? Wir haben keinen Anlaß, den Herren Hansbäcker die Mieten dadurch zu steigern, daß wir der Errichtung neuer Wohnhäuser Schranken entgegensetzen.

Stadt. Haupt: Wir haben keine Verpflichtung, den Spekulanten, die bauen wollen, eine Zwangsjacke anzulegen. Wie können doch nicht aus Rücksicht auf die Häuserbesitzer in der Altstadt dem Bau von Häusern außerhalb der Stadt ein Hindernis entgegensetzen. Das ist die Konsequenz des Antrags des Ausschusses. Es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn wir, nachdem wir erst den Grundriss der Gründauer aufgelegt haben, ihnen jetzt das Bauen verbieten wollten. Es ist doch Sache jedes einzelnen Bauunternehmer, ob er die von ihm erbauten Wohnungen vermietet.

Stadt. Odemar: beantragt zu verzweigen der Vorlage an den Ausschuss.

Bürgermeister Fischer: Es soll auf der Wege der Kommissionserörterung ein Beschluß zu weittragendem Bedeutung geprägt werden. Ich warne Sie davor, so unter Beschluß zu fassen, der noch dazu unannehmbar. Eine einzige Straße herauszutrennen und zu legen, diese nicht bebauen, bedeutet etwas Überlegtes. Lassen Sie den Antrag fallen.

Magistrat Sier: für Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss.

Nachdem noch verschiedene Redner dafür und dagegen geprägt haben, wird beschlossen, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuerweisen.

Die Vorlage über den Bebauungsplan für das Grundstück

der Chemischen Fabrik Budau an der Schönederstraße und Neuanalysierung der Schönederstraße gelangt nicht zur Verhandlung, da sie im Ausschuss noch nicht erledigt ist.

Den Bericht des in letzter Sitzung befindlichen Ausschusses über die Vorlage betreffend Verlängerung des Parkvertrages über die Ecke an dem kleinen Stadtmarsch um 12 Jahre von 1. April 1905 bis 31. März 1920 mit den Kaufleuten Kort und Wilhelm Engel gibt Herr Friedberg. Den von dem Ausschuss festgelegten Bedingungen gibt das Stadtverordneten-Kollegium seine Zustimmung.

Im Verlauf der Debatte wird von verschiedenen Herren konstatiert, daß niemand besser oder billiger bauen kann, als die Stadt selbst.

Die Vorlage betreffend Neuabgrenzung des Stadtbezirks Budau gegen die Stadtbezirke Sudenburg und Alstadt wird von der Tagessitzung der Sitzung abgestellt und soll in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Der nächste zur Verhandlung stehende Punkt ist die Mitteilung des Magistrats über die mit den Grundständigen Beziehungen über Menschenbezug für städtische Arbeiter einschließlich der im Gesinde-Berhältnis stehenden Personen gemacht Erfahrungen für die Nachwuchssjahr 1901, 1902 und 1903. Wir haben dieser Sache schon in Nr. 15 des "Völkerstimme" einige kritische Bemerkungen gemacht.

Stadt. Haupt: Die Befürchtung, daß man mit der Gewährung von Renten zu weit gehen würde, wird durch den Bericht glänzend widerlegt.

Ohne weitere Debatte wird die Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis genommen.

"So wird nun bitte ich, mir die Wünsche Ihres Kanzlers zu erfüllen. Gern!"

Bischof Dr. Lang.

Sie stand auf.

Wenn der Herr Dr. Lang sonst noch so schlechte Laune hätte, zu ihr wort er nicht freundlich gewesen — und heute gab er ihr sogar einen Strich. Ich, es wort nicht zu ertragen. Diese Blamage dor der ganzen Klasse — —

Und da brach sie von neuem in Schluchzen aus.

Zuerst Sie sich! Wie Ihnen ja heute nichts auseinander. Toni Effen!"

Aber auch sie schwieg.

Bald stand sie ganze Klasse schweigend da.

Das ist aber doch zu tun. Was sollt Ihnen denn in? Sie sind doch keine Kinder mehr! Wenn ich erst nicht zugleich die Ursache Ihres unerträglichen Durcheinanders erkläre, gebe ich Ihnen allen eine Stunde Arbeit. Nie bitte!

Da saß Platz Stoffers:

Ja, Herr Dr. Lang erzählte — —

Die Dame ließ sie an: "Still"

"Also was?"

Also schwieg.

Und es wurde atomisch still in der Stille. Den Herzschlag manchmal mägen vor angsterfüllter Erwartung.

Da saß der Direktor die Feder und tauchte ein.

Durch die Stille ging ein hörbares Zischen.

Diese Stille zerriss plötzlich sie vor der ganzen Stille, vor ein unglaublicher Schauspiel auf dem Glanz ihres Leidens vorbild der Beträgerin.

(Schwung folgt)

Vom Bergarbeiterpoeten im Ruheredvier.

(Salmé)

Das erste Gedichtbuch Räuberhund hat aus bürgerlichen Kreisen gefordert. Sie setzen es mit unwilligen Bewunderungen über die Weise der gesammelten sozialdemokratischen Schriftsteller in die Sache und dieser ist der Bergarbeiter: angebliche Solidarität mit Arbeitern steht vor sich. Und doch gab Räuberhund ein wichtiges Stück Solidarität des Geistvaters. Er gab und gärt die Solidarität, die heute im Proletariat möglich ist. Es ist mir einmal vor die rote politische Agitation machte mit ihrem Einheitsgeist im Zusammenhang der Kräfte ein Stück Solidarität — und zwar ein wichtiges — fest, und wie es beschaffen ist, wenn es den bürgerlichen

heute die

Werte der Verteilung und Arbeiterschaftlichkeit mehr. Ich in der Räuberhund über habe, wird Räuberhund noch mehrere Jahre aufzuhalten haben, wird der Erziehung eines Arbeiterschaftlichkeit einflussen zu können. Die ersten sollen durch Erziehung von 10 Uhr zu Mittwoch und Mittwoch geprägt werden. Danach ist der Verteilung und Arbeiterschaftlichkeit geprägt. Statt der Verteilung und Arbeiterschaftlichkeit über die Verteilung und Arbeiterschaftlichkeit von Samstag bis Sonntag, von 10 Uhr bis 12 Uhr, wird die Verteilung und Arbeiterschaftlichkeit gemäß Angaben machen, damit wir eine gewisse Statistik erhalten. Außerdem werden noch sieben Kollegen zum Räuberhund hinzugezählt, um die Ausgabe der Arbeiterzeitungen zu erleichtern. Die Sammlung für die ausgewählten Werke soll einen Betrag von 27,75 Mark erreichen. Da die Ausgabe breiter wird, so sind von dieser Summe 15,50 Mark nach Gotha und 12,50 den Gemeinschaftsverein überreicht worden. Ein Antrag im Rahmen einer Winter-Sitzung abzuhalten, wird angenommen und zu den Vorbereitungen ein Komitee von sieben Mann gewählt. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, nur die "Volksstimme" zu abonnieren und sich auch unserer politischen Organisation anzuschließen, wurde die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Vereins-Kalender.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Wagenbauer, Filiale N. Neustadt Sonnabend Zahlabend bei Möhring, Schmidstr. 326

Graecau-Prestler. Sozialdemokrat. Verein. Montag den 23. d. Mon., abends 8½ Uhr, Versammlung in der "Schweizerhalle". Wichtige Tagesordnung. — 361

Marktberichte.

Magdeburg, 19. Januar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 168—172, mittel 160—165, gering bis —, do. Kolben, Sommer, gut 178—184, do. Rohz. gut 162—168, do. ausländischer gut 180—195. — Roggeng. inländisches gut 138—142, mittel 131—136, gering bis —. — Getreide hiesige Chevaliers gut 175—185, mittel 165—169, Landgerste gut 160—170 mittel —. Wintergerste gut —, ausländ. Wintergerste 123 bis 125. — Hafer inländischer, gut 145—150, mittel 138—144 Mais, runder gut 124—126 amerikanischer hinter gut 130. — Erbsen, hiesige Victoria, gut 170—185, mittel 155—165, do. grüne Folger gut 140—190, mittel 170—175. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null

Jfer. Eger und Moldau.

do. Wass.

Jungbunzlau . . .	17. Jan.	+ 0.01	18. Jan.	- 0.03	0.04	—
Loun . . .	—	- 0.11	—	- 0.10	—	0.01
Budweis . . .	—	0.00	—	- 0.02	0.02	—
Prag . . .	—	- 0.41	—	- 0.58	0.17	—

Unstrut und Saale.

do. Wass.

Stralsund . . .	18. Jan.	+ 1.30	19. Jan.	+ 1.35	—	0.05
Weissenfels Unip.	—	- 0.10	—	- 0.12	0.02	—
Trotha . . .	—	+ 2.02	—	+ 1.90	0.12	—
Alsfelden . . .	—	+ 1.60	—	+ 1.90	—	0.30
Bernburg . . .	—	+ 0.98	—	+ 0.96	0.02	—
Cölbe Oberpegel . . .	—	+ 1.80	—	+ 1.78	0.02	—
Cölbe Unterpegel . . .	—	+ 0.30	—	+ 0.78	—	0.45

Mulde.

do. Wass.

Desau	Muldebrücke	18. Jan.	- 0.10	19. Jan.	+ 0.10	—
						do. Wass.
Bardubiz . . .	17. Jan.	+ 0.11	18. Jan.	+ 0.25	—	0.14
Brandis . . .	—	+ 0.18	—	+ 0.19	—	0.01
Mehlitz . . .	—	- 0.35	—	- 0.43	0.13	—
Leitmeritz . . .	—	- 0.44	—	- 0.32	—	0.12
Wittig . . .	18.	+ 1.43	19.	+ 1.32	0.11	—
Dresden . . .	—	- 1.65	—	- 1.85	0.20	—
Torgau . . .	—	+ 0.15	—	+ 0.21	—	0.06
Wittenberg . . .	—	+ 1.00	—	+ 0.96	0.04	—
Altzian . . .	—	+ 0.54	—	+ 0.50	0.04	—
Barby . . .	—	+ 0.76	—	+ 0.78	—	0.02
Schönebeck . . .	—	+ 0.54	—	+ 0.52	0.02	—
Magdeburg . . .	19.	+ 0.80	20.	+ 0.60	—	—
Langensalza . . .	18.	+ 1.44	19.	+ 1.28	0.16	—
Wittenerge . . .	—	+ 1.23	—	+ 1.04	0.19	—
Broda-Tannig . . .	—	+ 0.95	—	+ 0.89	0.07	—
Bannewitz . . .	—	+ 0.92	—	+ 1.92	—	1.00

wird es auch empfinden, daß Räuberhund geradezu Heldenbild des Solidaritätsgedankens geschrieben hat.

Über die Bedeutung dieser Gedichte entscheidet nicht der rein künstlerische Wert. Die Zweckdienlichkeit entscheidet. Räuberhund ist der zweitkünstlerische Maßstab für die Auswirkung für die Buchveröffentlichung bestimmt, so wie der Umfang der beiden Gedichtbücher zusammengebracht werden soll. Aber — und das ist nun wiederum stark zu betonen — eine solche Sichtung ergibt ein Buch, das nicht nur von einer kraftvollen, gesunden proletarischen Persönlichkeit, sondern auch davon zeugen würde, daß diese Persönlichkeit ein ungewöhnlich höheres künstlerisches Empfinden für den Reichtum und auch für die Schönheit der Wirklichkeit besitzt. Die zweite Hälfte des neuen Gedichtbandes bietet solche Zeugnisse in einem Ganzen Reihe von Blättern. Ein Gedicht wie "Todesahnung" — im Anschluß eines Waldes, der dem Fäller verfallen ist, empfunden — reicht völlig hin, diesem Bergarbeiter-Poeten hohe künstlerische Schönheit zu sichern. Und nur dies sei genannt. Man muß es dringend wünschen, daß aus Räuberhund beiden Gedichtbüchern eine Auslese des Besten recht bald in einem besonderen Bande geboten werden möge. Dann wird, wer das nur noch lernen muß, den Glauben begreifen lernen, der diesen Mann inmitten furchtbaren sozialen Endes prophetisch verstanden läßt.

Den Mann der Arbeit seh' im Zukunftsdichot.

Ich stark und groß.

Nicht mehr ein Mensch, der bloß, wie jetzt zur Frei.

Machne ist —

Sturmso vegetiert, von Frohsinn keine Spur.

</

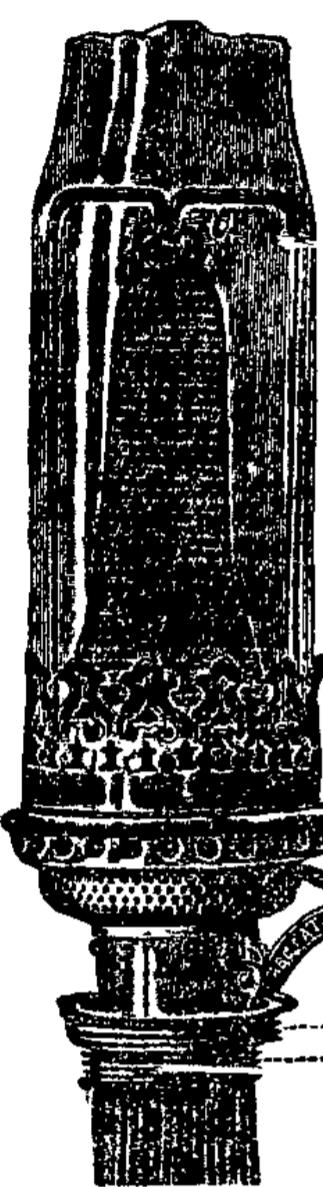
Grosser Inventur-Ausverkauf

Paletose, Anzüge und Tropfen für Herren und Knaben, jetzt zu jedem annehmbaren Preis.

Ein Posten Anzüge und Paletose welche in den Schauenstern gelitten haben, teilweise zur Hälfte des Einkaufs. 222

1 Posten sehr helle Stoff-Anz. Anzüge u. 1.90 an
1 Posten sehr helle Stoff-Herrenhosen u. 1.00 an

Max Zehden, Jakobstrasse 50



Neu! Der A.B.C.-Brenner für Petroleum-Glühlicht

kostet nur Mk. 4.50

komplett mit Glühstrumpf, Zylinder u. Docht. Brennt wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur ca. 1 Pfennig Petroleum per Stunde. Kein Schneiden, kein Schrauben des Dochtes. Ist überhaupt so einfach, dass er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name **A.B.C.** Päss für jede vorhandene 10" und 14" Lampe und mittels Zwischenring auch auf jedes andre Bassin.

Niederlagen in Magdeburg:

Carl Schramm, Breiteweg 30
Albert Engler, Prälatenstrasse 33
O. Wahlmann, Neustädterstr. 8
Hugo Hildebrandt, Buckau,
M102 Schönebeckerstrasse 34

Fabrikanten und Patentinhaber:
Herm. Hurwitz & Co.

Berlin C, Stralauerstrasse No. 56.

14. Nach Orten, wo keine Niederlage, sendend die Fabrikanten den Brenner zur freien Probe franko ohne Nachnahme.

Nähmaschinen-Reparaturen.

Reparaturen an Nähmaschinen, auch Spezialmaschinen aller Systeme und Fabrikate werden sofort und sachgemäß in unserer Reparaturwerkstatt ausgeführt. Ersatzteile und Nadeln zu unseren Maschinen sowie Garn, Seide und Maschinendöse halten sie zu den billigsten Preisen auf Lager. 2193

Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges.
Magdeburg, Breiteweg 189/190.

Zigarren!

Zu ausnahmsweise billigen Preisen empfehlen:
Sumatras p. Mille 22, 25, 28 und 30 mit.
Raffteinlage mit Westindien-Umbau und Sumatra-Dose, schneeweiss brennend p. Mille 20 mit. sowie jämmerliche bessere Qualitäten von 100 Stück an zu Mille-Preisen.
Zigaretten garantiert rein alkohole Waren . 100 Stück 70 Pf.

Zigarren-Versandhaus Otto Jäger
Magdeburg, Jakobstrasse 47. 2040

Sohleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfohlen. 222

Joseph Kullmann
normale Röder & Drabandt
25 Jakobstrasse 25.

Calbe a. S. Billigste
Bezugsquelle in
Wilhelm herren- und
Rueff knaben Garderobe.
Arbeiter-Kleidung
aller Art.
Querstrasse 1. Enorm billige Preise.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
von 25-60 M.

Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie
unter möglichster Preisklasse.

A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).

Seit 1880 Geschäft ders. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen - Reparaturen
aller Art zu kleinen Preisen. 2130

Schuhwaren-Räumungs-Verkauf

Ausverkauf werden die Reihenläufe einzelner Sortimente.

Der größte Teil ist um ca. 40% herabgesetzt.

Preise werden direkt Aufsehen erregen!

Herren-Strapazierstiefel, genagelt	jetzt 8.75	Damen-Lederstiefele, w. Futter	jetzt 2.75
Herren-Strapazierstiefel, genagelt	jetzt 4.75	Damen-Lederstiefele, w. Futter	jetzt 2.50
Herren-Vog.-Vergleichstiefel	jetzt 6.90	Damen-Elegantschuhe m. Lederjohle	jetzt 2.15
Herren-Sattleder-Vergleichstiefel, auf Band	jetzt 7.50	Damen-Elegantschuhe, alle s. Leder	jetzt 1.60
Herren-Halbschuhe 39, 40	jetzt 2.75	Weisse Damen-Schürstiefel	jetzt 4.75
Damen-Knopftiefel, Rohleder	jetzt 4.50	Herren-Halbschuhe mit und ohne Lederschleife	jetzt 6.50
Damen-Tuch-Schnürstiefel mit Lederbesatz	jetzt 3.00	Herren- u. Damen-Halbschuhallenstiefel	jetzt 3.00
Damen-Wildros.-Knopf- und Schnürstiefel	jetzt 5.50	Kinder-Schuhe und Knopftiefe von 65 Pt. an	jetzt 8.25
Damen-Satin-Hals-Knopf- u. Schnürstiefel	jetzt 6.50	Kinder-Hilfz. und Plättchenschuhe von 85 Pt. an	
Damen-Chargen-Schuhe u. Spangen-schuhe	jetzt 2.25	Vantosse groß. Auswahl 0.35 0.75 0.90 1.10 1.50 1.85	
Damen-Taupz., Salom- und Spangen-schuhe	jetzt 1.95	Mädchen-Leder-Hanseschuhe, w. Futter	jetzt 1.65
Weiße Damen-Spangen-schuhe	jetzt 2.95	25-26 27-30 31-35	

Boskleder-Knopf- und Schnürstiefel

2.75	3.25	3.75
25-26	27-30	31-35

3.75	4.50	5.50
25-26	27-30	31-35

Bitte unsre Fenster zu besichtigen. Preise verstehen sich, solange Vorrat.

nur

Breiteweg 69/70

Ecke Scharrnstraße.

Neu! Butterkäse Neu!

à Pfund 50 Pf.

2214

Ist das Ideal aller Käsefreunde, derselbe verbindet vorzüglichen Geschmack mit leichter Verdaulichkeit und großem Nährwert. Butterkäse wird aus Doct gestrichen und macht Butter fast entbechlich.

Jedes Quantum in den Butter- und Kolonialwarenhandlungen zu haben.

Alleinvertrieb nur an Wiederverkäufer.

Aug. Linnecke, Heydeckstr. 8

Fernsprecher 2042.

Calbe a. S.

Bernburgerstr. 91

Mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

begann Sonnabend den 7. Januar.

Durch großen vorteilhaften Abschlag bin ich in der Lage
Englischleder-Mannshosen
jetzt noch bedeutend billiger zu verkaufen wie bisher.

Arbeits-Garderobe

für jeden Beruf anerkannt billig.

Niemand versäume die günstige Gelegenheit.

Gleiche Geschäfte in: 2147

Aschersleben, Stassfurt, Zerbst

Calbe a. S.

am Platze.

R. Rowok

Einziges Spezialgeschäft für
Herren- u. Knaben-Moden

Ernst Schulze
Jerbsterstrasse 37.

Freitag
Sonnabend
Sonntag

3 billige Tage! Wahlkreis Calbe-Altenbergen

Öffentliche Versammlungen

zur Reichstagssitzung.

Sonnabend den 21. Januar, abends 8 Uhr, in Aschersleben

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Hoffmann.

Sonntag den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Schönebeck

Referent: Reichstagabgeordneter Ledebour.

Sonntag den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Calbe

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Albrecht.

Sonntag den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Krone“ in Zerbst

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Albrecht.

Sonntag den 22. Januar, abends 8 Uhr, in Aschersleben

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Albrecht.

Montag den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Krone“ in Zerbst

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Albrecht.

Montag den 23. Januar, abends 8 Uhr, in Quedlinburg

Referent: Reichstagabgeordneter Adolf Hoffmann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Placke und Rahardt

Das Kreiswochenblatt.

Halberstadt

Auf Abzahlung!

1. Filiale
Wernigerode
Kochstr. 17

Sämtliche Sorten Möbel
Holsterwaren, eigene Fabrikat
Herren- u. Knabengarderoben

Spiegel, Bilder, Uhren
Musikwerke, Teppiche, Tisch-
und Steppdecken, Vorhängen

Gardinen, Kleider, Stoffe
fertige Bettw. usw.

von 2083

K. Spindel

Auf Kredit!

2. Filiale
Blankenburg
Markt 5, I

Reichenbach

Thale

Weserstr. 31

3174

— In der nichtöffentlichen Sitzung der städtischen Bürgerversammlung wurden vor dem Wahlen vorgenommen: Bevölkerungs-, Schiedsmanns-, Armerpfleger usw., die meistens wiedergewählt wurden. In den Verwaltungsausschüssen für das Röhrliche Museum und in den Museumsbauausschuss wurde Gustav Bandtke erneut gewählt. —

— Ein Kaiserbild für 6000 Mark soll nun, nach dem Beschluss der Bürgerversammlung in nichtöffentlicher Sitzung, als Geschenk der Stadt Magdeburg im neuen Justizgebäude aufgestellt werden. Die Ausführung ist dem Professor Vogel in Berlin übertragen worden. Beobachtet man dieses Geschenk in der städtischen Verwaltung, aber die Gesamtheit der Steuerzahler, von denen die meisten mit der Verwendung der 6000 Mark nicht einverstanden sein werden. —

— Achtung, Bergarbeiter! Die zum Sonntag angekündigte Generalversammlung fällt wegen der im „Luisenpark“ stattfindenden Versammlung aus. —

— Von der Elbe. Bis Lauenburg ist Elstal eingetreten. Von den oberen Plätzen wird 65 cm Wuchs bei schwachem Eissgang gemeldet. —

— Ein Zusammenstoß zwischen einem Sandwagen und einem Bierwagen, der aus die herrschende Glätte zurückgeworfen ist, ereignete sich in der Friedstadt vor der Langen Brücke. Letzterer fiel dabei um, wobei mehrere Kosten mit Bierflaschen in Trümmer gingen. Wenn vor dem Schaukasten des Fleischermeisters Kreftwitz nicht ein Baum stande, wäre bei der Gelegenheit sein Schaufenster demoliert worden. —

— Von der Feuerwehr. Am Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr entstand in einem Niederlagsraum des Postleitzentrums eine Feuerwehr, am Friedländerstraße 34, ein Brand durch Entzündung einiger Ballen Holzwolle. Die Wache Sudenburg löste denselben. — Am Donnerstag nachmittag 3.45 Uhr griffen in einem dort befindlichen Keller Malergerüste, Bretter und Papierreste in Brand. Hier wie in einem am Donnerstag abend in Hofse Dödendorferstraße 1 ausgetretenen Kellerbrand wurde die Gefahr in letzter Zeit durch die zuständige Wache beseitigt. —

— In ein Schaufenster gesogen. Heute nachmittag gegen 2 Uhr ging das Pferd des Bürstenhändlers Glüther aus der Prälatenstraße durch. Aufgrund eines Aufpralls an einen Bordstein flog der auf dem Wagen befindliche Kutscher vom Post und direkt in ein Schaufenster des Hauses Prälatenstraße 19. Während die Scheibe vollständig in Trümmer ging, kam der Kutscher mit leichten Hautabschürfungen davon. —

— Volkskonzert. Am Mittwoch den 25. Januar, abends 8 Uhr, findet das nächste Volkskonzert des städtischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Joseph Krug-Waldsee im „Odeum“ statt.

— Im Bielefeld am Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen Schillers „Maria Stuart“ aufgeführt. Allabendlich geht das amerikanische Sensationsstück „Doktor Tom“ in Szene. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. Januar 1905.

Wegen Fälschung eines Sparklassenbuchs ist der Handlungsgeselle Alfred Scherpings aus Oberniede, geb. am 29. November 1882, angeklagt. Der Verteilte ist der Sohn eines dortigen wohlhabenden Gastwirts, in dessen Familie es eine große Anzahl Sparklassenbücher gab. Auch der Angeklagte besaß zwei, eins mit etwa 1000 Mark, das andre mit 100 Mark Einlage. Scherpings hatte eine Stellung in der Dannenbergerischen Maschinenfabrik, die aber Anfang 1904 einging. Bis dahin hatte er solid gelebt und von seinem 75 Mark betragenden Monatsgehalt etwas erspart, da er bei seinen Eltern völlig freie Station hatte. Darauf, daß er im Februar v. J. erwerbslos geworden war, sagte er seinen Eltern nichts, sondern ging und kam wie sonst. Um nur die Zeit zu verbringen, in der ihn seine Angehörigen im Kontor glaubten, ging er von Auepe zu Auepe, was natürlich eine Menge Geld kostete, da Scherpings mit leichtem „Damen“ verkehrte, obwohl er verlobt ist, und auch Freunde traktierte. Um sich dies Geld zu verschaffen, hob er zuerst von dem auf seinen eigenen Namen lautenden Sparklassenbuch Nr. 9485 der heutigen Sparasse 185 Mark ab, so daß nur noch 5 Mark darauf standen. Von einem zweiten Buche bot er auch eine größere Summe ab, die ihm indes nicht gehörte. Am Abend des 2. J. erwiderte der Angeklagte in der Sparasse, überreichte das Buch Nr. 9485 und verlangte darauf 100 Mark. Der Beamte sah aber sofort, daß dies Buch gefälscht war, denn vor die Endsumme von 5 Mark war eine 100 geschrieben, so daß das Buch scheinbar über 1005 Mark lautete. Daraufhin wurde Scherpings verhaftet. Auf Grund der Beweisaufnahme bejahten die Geschworenen die Frage nach Fälschung einer öffentlichen Urkunde in betrügerischer Absicht, billigten aber mildernde Umstände zu. Demgemäß lautete das Urteil des Gerichtshofs auf 6 Monate Gefängnis. — Schluß der ersten Schwurgerichtsperiode. —

Baudgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. Januar 1905.

Ein Wechselschreiter. Der Agent Wilhelm Clemis zu Groß-Solze, geboren 1875, führte im Jahre 1904 in fünf kleinen Wechseln über erhebliche Beträge und verfügte die Zahlung zu geben. Kerner umrichtete Clemis 250 Mark, die ihm sein Kassierer als Kanton eingeschüttet hatte. Von einem Kaufmann in Schönebeck erhielt Clemis sich ein Darlehen von 300 Mark und verzichtete für eine Steinlieferung. Der Gesamtbetrag betrug etwa 500 Mark. Wegen dieser Straftaten lautete das Urteil auf zunächst 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Wegen schweren Diebstahls in drei Fällen sind angeklagt: 1. der Arbeiter Wilhelm Adams, geboren 1880, 2. der Adler Hermann Brunsma, geboren 1874, 3. der Sattler Otto Luther, geboren 1884, vor hier, sämlich vorbestraft. Sie kamen auf vor Wiederholung, um sich angestrebte Arbeit zu suchen, am 26. November 1904 nach Ziegel und nahmen Unterschlupf in einer Feldschweine. In der Nacht sollen sie auf dem Bahnhof dasselbe ein Dienstgebäude er-

brechen und heraus eine Batterie, eine Blaube mit roter Linse, einen Hochdruckpfeifen, mehrere Rohrflaschen und Waffen geklaut haben. Die Polizei schätzte auch in die Höhe der Sachwerte Knopf und Hölzer und Robben des Reichtums eines Taschenreisenden, ein Portemonnaie und Kleidungsstücke. Die gestohlenen Sachen wurden in der Feldschweine und zum Teil auf dem Viege bilden gestohlen vor gefunden. Die Angeklagten beklagten, in der Schrein hätten noch zwei andere Handwerkssachen gefunden und die Sachen mitgebracht. Die Kammer erachtete auf Grund der Verhandlung nur Brunsma und Luther für überführbar, den schweren Wandschrein aufzuhängen zu haben und verurteilte Brunsma, der sich im wiederholten Straffall befindet, zu 3 Jahren Büchthal und 3 Jahren Zwangsarbeit. Luther zu 9 Monaten Gefängnis; Adams wurde freigesprochen. —

Schlecht belohnte Gastfreundschaft. Der Mechaniker Hermann Gräßbach hier, geboren 1893, bescherte am 14. Dezember 1904 den ihm bestehenden Raumeter Peter der ihm zu essen gab und ihn beherbergte. Als Dankbarkeit stahl Gräßbach ihm morgens beim Weggaufe die silberne Taschenuhr und verlor sie. Da wiederholter Nachfall vorlegte, erkannte die Kammer auf 1 Jahr Gefängnis. —

kleine Chronik.

Im Kohlenschacht begraben.

Auf der Braunkohlengrube 532 bei Rossbach wurden Donnerstag mittag zwei Bergarbeiter, Familienväter, durch Gesteinsmassen verschüttet. Die Rettungsarbeiten waren bis zum Abend vergeblich. —

Kesselexplosion.

In der Sodafabrik Hontigmann in Grevenberg bei Mochen explodierte ein Kessel. Drei Personen wurden getötet. —

Erschrocken.

In Hannover hat die Kälte in zwei Tagen zwei Opfer gefordert. Am Dienstag wurde die Leiche eines Arbeiters aufgefunden, der auf dem Nachhauseweg erschrocken ist. Der Mann hinterließ Frau und vier unversorgte Kinder. — Am Mittwoch wurde in der Davenstedter Feldmark bei Hannover ein elfjähriger Schüler erschrocken aufgefunden. Der Name des letzten ist noch nicht ermittelt. —

Berschollenes Schiff.

Das deutsche Segelschiff „Emma Katharina“, das Ende November von Südschweden nach Kiel abgegangen ist, ist verschollen. Vermöglich ist das Schiff mit der ganzen Besatzung untergegangen. —

Eisenbahngesammtstoss.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Nähe von Buxton in Yorkshire ereignet. Zwei schottische Schnellzüge fuhren ineinander, und ein dritter Zug fuhr auf den Lastwagenhof aus. Vier Personen wurden getötet und sieben verletzt. —

Lezte Nachrichten.

Der Kampf im Ruhrrevier.

(Eigner Drahlbericht der „Volksstimme“.)

-d. Bochum, 20. Jan., 1 Uhr 10 Min. nachm.

Im „Schützenhof“, dem größten Saale des ganzen Ruhrgebiets, fand heute morgen eine Versammlung der Vertreter der streikenden Bergarbeiter statt, die für das ganze Gebiet Geltung hat. 15 000 bis 20 000 Männer strömten dem Lokale zu, von denen nur die Hälfte Platz finden konnte. Die andre Hälfte verteilte sich auf andre Versammlungen. In den Versammlungen sprachen Führer aller Organisationen über die Verhandlungen, die Forderungen und die Gesamtage der Bewegung.

Eine Resolution gelangte zur Annahme, in welcher die Streikenden erklären, daß sie in dem Siebener-Ausschuss ihre rechtmäßige Vertretung seien und daß allein diese Führer sie selbst und ihre Interessen vertreten sollen.

Die Versammlung beschloß aus den Reihen der Streikenden für das ganze Ruhrland einen Sicherheitsdienst zu organisieren und einzurichten. Die Zahl der Ausständigen ist auf

240 000

anzusehen. Es herrscht überall die größte Ruhe und Ordnung. Die Schereien der Unternehmerpreise verlangen nirgends. —

hd. Dortmund, 20. Januar. Alle öffentlichen Festlichkeiten, auch die offizielle Kaisergeburtstagsfeier, wurden abgesagt. —

hd. Dortmund, 20. Januar. In Wiel wurde eine Sammeliste samt den vorhandenen Geldeinheiten gemacht und trotz Protest nicht wieder herausgegeben. Auf Reiche Brüder 1 sind unter polizeilichem Schutz 30 Gefangene als Streikende beschäftigt worden. —

hd. Bochum, 20. Januar. Welchen Einfluß der Streik auf der Eisenbahnverkehr ausübt, ergibt aus der Tatsache, daß im heutigen Bezirk in drei Tagen, vom 12. bis 14. Januar, 90 Güterzüge ausgefallen sind. — Der Bochumer Landrat lehnt die Stellung von Ordnungsmannschaften seitens der Streikenden ab. Er will auch die Versammlungsfreiheit möglichst einschränken, als Versammlungen in Lokalen, die in der Nähe von Zeichen liegen, verboten werden sollen. Der Bochumer Verein will 400 bisher auf dem Gußstahlwert beschäftigte Arbeiter auf seinen Betrieb berufen. —

Ob. Gewerkschaftsverein, 20. Januar. Gewerkschaften und Gewerkschaften werden hier unter den Gewerkschaften für das berufliche Gewerbe gebildet. Den Beratern werden gute Gehalts gegeben. —

Ob. Berlin, 20. Januar. Am „Berwelt“ berufenliche heute die Bergarbeiterkapellen bei Bergarbeiterkommunistischen Freiwilligen. Diese werden am 20. Januar, einen Aufmarsch an die Gewerkschaften, sich überall überall zu den Gewerkschaften 1000 bis 2000 Menschen, die sich in Ruhrorter zu bewegen. Sie fordern zur Gewerkschaftsversammlungen auf, damit der Vorstand der Gewerkschaft ein gewisser werde und die Regierung der Norddeutschen Bergarbeiter nach Verhandlungen nachzukommen gezwungen wird. —

Die Kartätschen pfiften!

Ob. Petersburg, 20. Januar. Sämtliche Offiziere der ersten Gardebatterie sowie der Artillerie, welche die Geschützbedienung leiteten, durch welche der „Königshaus“ hergerufen wurde, sind noch nachts nach der Peter-Pauls-Feste überführt worden. —

Ob. Paris, 20. Januar. „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, der Generalinspekteur der Artillerie Großfürst Georg Michailowitsch sei mit der Untersuchung des geistigen Vorfalls beauftragt worden. Einer amtlichen Mitteilung zufolge wurde auch einem Schutzmann auch ein Ballast, am Ende von einem Geschöpfe getroffen und leicht verletzt. Zwei Kugeln drangen in das Innere der Kabine ein, wodurch jedoch Schaden anrichteten. Die Vermutung, daß man es mit einem revolutionären Komplott zu tun habe, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Die Polizei hatte zwar eine Wombe erhalten, war jedoch auf ein solches Ereignis nicht gefaßt. Der Betrieb der elektrischen Eisenbahn längs der Neva, welcher gestern nachmittag unterbrochen war, wurde abends wieder aufgenommen. —

Ob. Moskau, 20. Januar. Am Polizeiamt zu Pojekhionje explodierte eine Dynamitbombe und zerstörte das Archiv. Die Kommunikationsbehörde von Petri und Paus wurden mittels Revolvern angegriffen, wobei der erster getötet, der andre schwer verwundet wurde. —

* Petersburg, 20. Januar. Eine Kugel durchschlug die auf dem Balkon wohnende Andreaskapelle, zwei fuhren in die Holzstufen des Pavillons, eine blieb durchschlag die Säule des nach der Neva hinaus liegenden Nikolai-Tores, eine fünfte Kugel töte einen Schutzmann, eine sechste verwundete einen Priester, mehrere andre schlugen ins Eis und in die Mauer des Winterpalais. —

Ob. Breslau, 20. Januar. In einer gestern in Kunzendorf abgehaltenen Bergarbeiter-Versammlung wurde mit 91 gegen 1 Stimme die Fortsetzung des Streiks in Neuroder-Kohlenrevier beschlossen. —

Ob. Bwidau, 20. Januar. Die Steinlochwerke des Bwidauer und Oelsnitz-Lugauer Reviers gründeten einen Arbeitsgeberverband zur Verbesserung unbefriedigter Arbeitseinstellungen. —

Ob. Warschau, 20. Januar. Von den 2419 Fabrikarbeitern Russisch-Polens mit 350 000 Arbeitern steuerten über 800 ihren Betrieb ein. Über 150 000 Arbeiter sind eigentlich engagiert. —

Ob. Shanghai, 20. Januar. Der Dampfer „Australia“ mit General Stössel auf Bord ist gestern abend hier eingetroffen. Die Hälfte der auf dem Schiff befindlichen Offiziere werden auf einem andern Dampfer ihre Reise nach Europa fortsetzen. Die „Australia“ wird auf ihrer Fahrt Saigon anlaufen. —

Briefkasten.

Ob. Aken. Das Werkzeug, das Ihnen übergeben ist, müssen Sie auch wieder abliefern. Für schlende Städte haben Sie Erfolg zu leisten. —

Ob. Sch. Große. Von der Angelegenheit haben wir auch schon in einzelnen Blättern gelesen. Die ganze Manipulation ist aber geschlecht unzulässig und richtet nur Verwirrung bei den anderen an. Weshalb sollten wir also Stellung zu der Sache nehmen? Gruß! A. M. —

Fabrikarbeiter. Ihre Einwendung gehört in den Vereinskalender und muß vorher bezahlt werden, ehe sie Aufnahme finden kann. Sie können aber bei der Expedition ein Konto anlegen lassen. Die Aufnahme im lokalen Zeitung müssen wir ablehnen. —

Für die streikenden Bergarbeiter sind am 19. Januar im Gewerkschaftssekretariat eingegangen: Arbeiter-Krämer-Bund, Solidarität (A. Stern, Sudenburg) 10.—, Königin u. Müller 15.—, Stoffclub „Hote Sieben“ (Gebauer's Restaurant, Buckau, Havel) 15.—, Verband der Federarbeiter 50.—, G. Söhne 50.—, Gewerkschaftsverein bei G. Grahlmann 11,50, G. Grahlmann 1,—, Handels- und Transportarbeiter-Verband (1. Rate) 300.—, Redaktion und Expedition der „Volksstimme“ (1. Rate) 50.—, Summa 500,50. —

Kassenrevision des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend.

a. B. Bestand am 1. Oktober 1904 2138,05 M.

Gewinn	Ausgabe
Oktober 413,60 M.	Oktober 496,60 M.
November 409,40	November 352,00
Dezember 573,32	Dezember 9,51
Jänner 825,11	Jänner 18,11
Summa 438,51 M.	
Kassenbestand am 18. Januar 1905 241,51 M.	

Die Revisoren. —

Franzel, Kotwiz, Siegmund

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und seine Ursachen

lautet die Tagesordnung einer am Sonntag den 22. Januar 1905, vormittags 10½ Uhr im „Luisenpark“, Spielgartenstrasse 1c stattfindenden

Oeffentl. Volksversammlung

referent: Bergarbeiter Gärtner aus Bochum.
scheint in Massen und befand dadurch eine Solidarität.

H. L. Lübbertz

Inventur-Räumungs-Verkauf

Freitag
Sonnabend
Sonntag

Gardinen - Portieren - Tischdecken

Stückware

ca. 100 Meter Gardinen	Wert 18	<u>Inventurpreis</u>	Meter	12 Pf.
ca. 350 Meter Gardinen	Wert 45	<u>Inventurpreis</u>	Meter	33 Pf.
ca. 500 Meter Gardinen	Wert 55	<u>Inventurpreis</u>	Meter	40 Pf.
ca. 800 Meter Gardinen	Wert 75	<u>Inventurpreis</u>	Meter	52 Pf.
ca. 400 Meter Gardinen	Wert 90	<u>Inventurpreis</u>	Meter	65 Pf.
ca. 300 Meter Gardinen	Wert 1.00	<u>Inventurpreis</u>	Meter	75 Pf.
ca. 400 Meter Gardinen	Wert 1.20	<u>Inventurpreis</u>	Meter	85 Pf.

Abgepasste Fenster

ca. 100 Fenster Gardinen	Wert 2.25	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	1.75
ca. 60 Fenster Gardinen	Wert 3.75	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	2.85
ca. 80 Fenster Gardinen	Wert 6.00	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	4.50
ca. 75 Fenster Gardinen	Wert 8.50	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	6.50
ca. 85 Fenster Gardinen	Wert 10.00	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	7.50
ca. 50 Fenster Gardinen	Wert 12.50	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	10.00
ca. 60 Fenster Gardinen	Wert 17.50	<u>Inventurpreis</u>	Fenster	14.50

Chaiselonguedecken im Preise bedeutend ermässigt

ca. 3000 Stück Tülldecken Größe ca. 30/30 cm 40/40 cm 45/45 cm Stild **3 5 6** Pf.

Spachtel-Vorhänge

ca. 300 Fenster Spachtel-Vorhänge Wert 1.75—2.50	<u>Inventurpreis</u> 1.90	1.65
ca. 120 Fenster Spachtel-Vorhänge Wert 3.25—4.50	<u>Inventurpreis</u> 4.30	2.55

Plüscht-Sofabezüge

ca. 300 Meter bunt Sofa-Plüscht	ca. 130 cm breit, Wert 4.50	<u>Inventurpreis</u> Min. 4.50	3.75
ca. 450 Meter bunt Sofa-Plüscht	ca. 130 cm breit, Wert 8.75	<u>Inventurpreis</u> Min. 6.75	

500 Meter Gardinen-Coupons zur Hälfte des regulären Wertes

Ein Posten Bettdecken über 1 und 2 Betten, in Tüll und Spachtel und Stores bedeutend unter Preis

Tischdecken

ca. 200 Tischdecken bunt Wert 4.50 bis 1.35,	<u>Inventurpreis</u> Stück 3.25 bis	1.00
ca. 250 Tischdecken bunt Wert 6.75 bis 5.00,	<u>Inventurpreis</u> Stück 5.00 bis	3.50
ca. 300 Plüschtdecken Wert 5.50 bis 10.50,	<u>Inventurpreis</u> Stück 8.50 bis	4.10
ca. 150 Plüschtdecken Wert 12.50 bis 16.00,	<u>Inventurpreis</u> Stück 12.00 bis	9.25

Portieren

ca. 60 Paar Portieren gestreift	<u>Inventurpreis</u> Paar	1.25
ca. 35 Paar Portieren gestreift, Wert 3.00 bis 4.50,	<u>Inventurpreis</u> Paar 3.40	2.40
ca. 75 Paar Portieren mit Rante, Wert 5.50 bis 7.00,	<u>Inventurpreis</u> Paar 5.50	4.25
ca. 45 Paar Portieren mit Rante, Wert 8.00 bis 9.00,	<u>Inventurpreis</u> Paar 7.00	6.00

Einzelne Tischdecken bedeutend herabgesetzt

Einzelne Garnituren zur Hälfte des regulären Wertes

Imitierte Perser-Vorlagen

1 Paar Vorlagen Größe 40/80	Wert 1.00	<u>Inventurpreis</u>	65 Pf.
1 Paar Vorlagen Größe 50/110	Wert 1.40	<u>Inventurpreis</u>	1.00
1 Paar Vorlagen Größe 90/150	Wert 4.50	<u>Inventurpreis</u>	3.00

1 Posten Felle gefärbt, 70/170	Wert 7.50	<u>Inventurpreis</u>	4.50
1 Posten Fensterschärfer	Wert 6.00	<u>Inventurpreis</u>	3.75
1 Posten bunte Bris-Bis	Wert 90 Pf.	<u>Inventurpreis</u>	65 Pf.

Teppiche ältere Muster bedeutend unter Preis

Einzelne Tüll- u. Spachtel-Stores u. Gardinen zur Hälfte des Wertes

500 Meter Wachstuch ca. 85 cm breit Meter

Ein grosser Posten Wachstuch-Reste 15 10 5 Pf.